

## Weltwoche etc. 2023-17 - zusammengestellt von Dr. H. Pöltelt\*

Liebe Leserinnen und liebe Leser,

die Monatszeitschrift OXY-"Wirtschaft andes denken" veröffentlichte in ihrer April-Ausgabe 2023 unter dem Titel "Mit großem Fragezeichen" ein Positionspapier des Westfälischen Energieinstituts zur Energie- und Klimawende zwischen Anspruch, Wunschdenken und Wirklichkeit. Das Positionspapier auf 111 Seiten (10 MB) ist umfassend, nicht einfach mal nur so zum Durchlesen und sollte jedem(r) bekannt sein, der sich in Energie- und Klimafragen kompetent einbringen möchte.  
s. <https://www.w-hs.de/wei/aktuelles/positionspapier-zur-energiewende> - interessant sind insbesondere S. 1-31, 70-75 (3.6 Fazit, 4/4.1) und 94-98 (5. Politische Schlussfolgerungen) - auf Anfrage als .pdf

DWN-Exklusiv-zum-Atom-Ausstieg-Wir-stehen-vor-einem-gewaltigen-Scherbenhaufen - hier Auszüge aus dem Text - von MLI zusammengestellt - in Gänze als separate Datei.

Energiewende-Ideologie-trifft-auf-Fakten - von Marc Friedrich (separate Datei).

Scholz und Baerbock erleiden mit ihrer Moralpolitik die dritte Pleite innerhalb einer Woche. Der schweizerische Bundespräsident Alain Berset besuchte den deutschen Bundeskanzler und es ereignete sich Bemerkenswertes: Ein Rückschlag für die wertegebundene Außenpolitik, der sich die Bundesregierung verpflichtet fühlt.

Wie die Wessis zu den neuen Ossis werden. Es ist eine böartige Pointe der Geschichte: Jetzt wird die Lebensleistung vieler Westdeutscher so ähnlich entwertet, wie es nach der Wiedervereinigung nur die Ossis erlebt haben. Woran das liegt und ein gravierender Unterschied: Wir haben keinen zweiten Westen.

Die EU-Pläne für die Landwirtschaft drohen das Sterben der landwirtschaftlichen Betriebe im Namen des Klimas massiv zu beschleunigen. Doch es gibt Widerstand. Landwirte gehen auf die Barrikaden gegen die EU-Klimapolitik.

Der General a. D. Harald Kujat im Interview über die Selbstbehauptung Europas, den Konflikt mit China, geopolitische Interessen und die Friedenspflicht Deutschlands. „Europa ist in der geopolitischen Machtarithmetik der großen Mächte ins Hintertreffen geraten“.

Mit ihrem anmaßenden Auftreten erntet Deutschlands Außenministerin in China Verachtung. Auch die deutschen Medien verwechseln Diplomatie mit Krawall. Eine Wortmeldung von Oskar Lafontaine.

Europa und Amerika haben bei China sehr unterschiedliche Interessen, wie die deutsche Außenministerin Annalena Baerbock auf ihrer China-Reise zur Kenntnis nehmen musste (separate Datei).

Weltuntergangssekte "Letzte Generation" will Berlin lahmlegen – was wäre, wenn es Rechte wären?

Wir können nicht allen helfen, die nach Europa wollen. Professor Ruud Koopmans ist einer der renommiertesten Migrationsforscher. Unser Asyl-System bezeichnet er als das «tödlichste der Welt». Was ist seine Lösung?

Bidens Komplott gegen Trump enthüllte der Ex-CIA-Chef . Amerikas Geheimdienst-Elite konspirierte mit dem Herausforderer des damaligen Präsidenten. Strippenzieher war Antony Blinken, der heutige Außenminister.

Scott Ritter, Ex-Geheimdienstoffizier der US-Marine im Interview mit Jeff Norman: Amerikas sinkendes Imperium versucht, Russland und China mit in den Abgrund zu ziehen.

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Helmut Pöltelt

\*: etwas gekürzt / ergänzt / neu sortiert von Dr. M. Lindner

## Inhaltsverzeichnis

- S.2 [DWN-Exklusiv-zum-Atom-Ausstieg-Wir-stehen-vor-einem-gewaltigen-Scherbenhaufen - Atom-Ausstieg: Droht jetzt die Strom-Rationierung?](#) - Auszüge aus dem Text - von MLI zusammengestellt
- S.4 [Scholz und Baerbock erleiden mit ihrer Moralpolitik die dritte Pleite](#) FOCUS-online, Ulrich Reitz
- S.6 [Wie die Wessis zu den neuen Ossis werden](#) - von Roland Tichy
- S.8 [Landwirte gehen auf die Barrikaden: EU-Klimapolitik trifft auf Widerstand](#) - von Gregor Uhlig
- S.11 [Die Pläne dieser Regierung führen zu Aufruhr in der Bevölkerung](#) - Michael Kretschmer, Ministerpräsident von Sachsen
- S.12 [Harald Kujat: „Europa ist in der geopolitischen Machtarithmetik der großen Mächte ins Hintertreffen geraten“](#) - von OVERTON, Thomas Kaiser,
- S.18 [Gefangene werden nicht gemacht](#) - von Oskar Lafontaine
- S.19 [Die Letzte Generation will Berlin lahmlegen](#) NZZ, 18.04.2023
- S.21 [Wir können nicht allen helfen, die nach Europa wollen](#) - Prof. Ruud Koopmans / Roman Zeller
- S.25 [Bidens Komplott gegen Trump](#) - von Urs Gehriger
- S.26 [Amerikas sinkendes Imperium versucht, Russland und China mit in den Abgrund zu ziehen](#) - von Scott Ritter

## **DWN-Exklusiv-zum-Atom-Ausstieg-Wir-stehen-vor-einem-gewaltigen-Scherbenhaufen**

Atom-Ausstieg: Droht jetzt die Strom-Rationierung? <https://deutsche-wirtschafts-nachrichten.de/703068/DWN-Exklusiv-...> - Auszüge aus dem Text - von Dr. M. Lindner zusammengestellt 2.5.23

**Der Atom-Ausstieg stellt eine folgenschwere Zäsur dar, sagt der Energie-Experte Henrik Paulitz. Deutschland drohe infolge einer falsch konzipierten Energiewende die wirtschaftliche und soziale Kernschmelze.**

Seit der letzten Dekade aber verklärte man mehr und mehr die Frage der Versorgungssicherheit. Große Teile der Politik, der NGOs, der Lehrer, der Medien und selbst der Wissenschaft schrieben und redeten sich in einen seltsamen Kollektivrausch hinein, wonach man x-beliebig Kraftwerke abschalten könne, mit mehr Solaranlagen und neuen Windparks käme der Strom schon zuverlässig aus der Steckdose. Eine Spitzenpolitikerin meinte, das Stromnetz sei ein Speicher, und die Ampelkoalition vermittelt den Eindruck, auf Knopfdruck ließe sich von heute auf morgen eine Wasserstoffwirtschaft herbeizaubern. Sie plant mit Techniken, die „H2-ready“ sein sollen, ohne dass diese schon existieren und ohne zu wissen, ob und wann die riesigen Mengen an Wasserstoff und Wasserstoff-Derivaten tatsächlich verfügbar gemacht werden könnten.

Die Stilllegung der letzten drei Kernkraftwerke in Deutschland erfolgt insofern in einer Zeit, in der sich ein einflussreicher Teil der akademischen Elite Deutschlands gedanklich in einer Traum- und Phantasiewelt bewegt. Diese Schicht kommt aus einer Zeit, in der die Forderung nach Selbstreflexion und kritischer Wissenschaft populär war. Nach dem erfolgreichen „Marsch durch die Institutionen“ möchte man aber von „kritischem Denken“, kontroversen fachlichen Debatten und Meinungspluralismus nicht mehr allzu viel wissen. Kritisch fühlt man sich, wenn man dem grünen Zeitgeist folgt. Auf die Wissenschaft „hört“ man, aber nur dann, wenn sie diesen Zeitgeist bedient. Deutsche Wirtschaftsnachrichten: Sieht die Bevölkerung das genauso?

Henrik Paulitz: In der breiten Bevölkerung ist das etwas anders. Man ahnt, dass die Sache nicht reibungslos verläuft und eventuell nicht gut gehen kann, man erlebt und kritisiert eine zunehmende Verengung des zulässigen Meinungskorridors, man ist genervt von einer immer krasserem Verbotspolitik, man erlebt wie der Staat einen nicht mehr alleine und in Freiheit lässt, man liest täglich von der Energiekrise, man spürt die allgemeine Preisentwicklung und man glaubt längst nicht mehr daran, dass diese große Transformation nur eine Kugel Eis kostet.

Man kann das an einem bemerkenswerten Meinungsumschwung ablesen, den es so wohl noch niemals in der Bundesrepublik gegeben hat: War die Bevölkerung vor zehn Jahren noch weit überwiegend für den Atomausstieg, so sind jetzt mehr als 70 Prozent für die weitere Nutzung der Kernenergie.

Die Bevölkerung sieht die Abschaltung der letzten Atomkraftwerke weit überwiegend als Fehler und dennoch wird es eiskalt durchgezogen. Das passt zu der Aussage der deutschen Außenministerin, es sei ihr egal, was ihre Wähler denken. Das passt dazu, dass Professor Wolfgang Merkel am 24. Juni 2019 im öffentlich-rechtlichen Fernsehsender „Phoenix“ gesagt hat, die weitere Durchsetzung der Klimapolitik erfolge durch „Technokraten“ und werde „nicht mehr demokratisch geschehen“.

Wir erleben also jetzt schon eine Zäsur, in der Energiepolitik wie auch in den Formen der politischen Meinungs- und Willensbildung und Entscheidungsfindung.

Vielmehr stimmt man mit Unterstützung der Kirchen und unter ideologischer Nutzung des Ukrainekriegs die Bevölkerung auf eine Bereitschaft zum Verzicht ein. Wir bewegen uns auf eine „StromMangelWirtschaft“ zu, so der Titel meines Buches, mit dem ich eindringlich vor einer brutalen Strom-Rationierung warne.

Die von grüner Seite vorgenommene Risikoabwägung ist mehr als seltsam: Bei deutschen Kernkraftwerken handele es sich um eine „Hochrisikotechnologie“, während man zugleich hofft, dass das benachbarte Ausland Atomstrom liefert, wenn die Sonne nicht scheint und der Wind nicht weht. Man feiert in dreister Weise einen angeblich vollzogenen Atomausstieg, stützt sich aber klammheimlich auf Atomstromimporte. Es ist die Frage, wie lange sich die Bevölkerung noch in einer solchen Weise an der Nase herumführen lassen lässt.

Zu einer ernsthaften Risikoabwägung gehört: Kann es sich Deutschland erlauben, einerseits immer radikalere CO<sub>2</sub>-Minderungsziele nach Brüssel zu melden und andererseits auf die Nutzung der nahezu CO<sub>2</sub>-freien Kernenergie zu verzichten? So langsam dämmert der deutschen Öffentlichkeit, dass diese CO<sub>2</sub>-Minderungsziele verpflichtenden Charakter haben und eine Nicht-Einhaltung bald schon extrem teuer und extrem ungemütlich werden wird.

"Und wenn man mal ganz nüchtern Bilanz zieht nach 30 Jahren Energiewende, so stehen wir ehrlicherweise vor einem gewaltigen Scherbenhaufen.

Wir wissen nicht, wie wir durch den nächsten Winter kommen, wir wissen nicht, in welchem Maße bald schon Energie rationiert werden wird, wir wissen nicht, wann es eventuell zum Blackout kommt, und wir wissen nicht, wie schnell die Deindustrialisierung und Verarmung unseres Landes voranschreiten wird. Und wenn wir die Kohlekraftwerke weiterlaufen lassen, dann wissen wir nicht, wo wir die dafür nötigen, immer knapper werdenden CO<sub>2</sub>-Zertifikate hernehmen und wie wir sie bezahlen sollen. Ich halte es in einer solchen Situation für falsch, den eingeschlagenen Weg unbeirrt fortzusetzen.

Immer mehr zeichnet sich ab, dass eine ausufernde grüne Planwirtschaft sehr selektiv Partikularinteressen bedient, nicht aber ideologiefrei am Erhalt unserer Umwelt und unserer Kulturlandschaft interessiert ist. Hinzu kommen, jetzt für die breite Öffentlichkeit und auch für Journalisten der Mainstream-Medien wahrnehmbar, drakonische staatliche Eingriffe wie die Heizungsverbote und Heizungsgebote aus dem Hause Habeck, abgesegnet von der gesamten Ampelkoalition. Die Bevölkerung ahnt inzwischen, dass die bevorstehenden Ausgaben für Elektrowärmepumpen, für Solaranlagen und insbesondere auch für energetische Gebäudesanierungen finanziell nicht zu stemmen sein werden. Wohnen wird für Immobilienbesitzer und für Mieter regelrecht unbezahlbar „You'll never walk alone“, sagt dazu der Bundeskanzler. Was meint er damit? Nimmt der Staat bei der Europäischen Zentralbank dann noch mehr Schulden auf, um soziale Härtefälle abzufedern, während die Mittelschicht all das selbst bezahlen soll? Drückt die EZB also noch mehr Geld und heizt damit Inflation und Staatsverschuldung noch mehr an? Und wer zahlt dann am Ende die Schulden zurück? Sind es die Ersparnisse, die Aktien zur Altersvorsorge, die dabei drauf gehen? Sind es die Immobilien, die verloren gehen, um die Schulden zu begleichen?

Oder umgekehrt gefragt: Gibt es all die Heizungsverbote und Pflicht-Sanierungen für den Gebäudebestand primär deswegen, weil der Staat jetzt schon nicht mehr weiß, wie er ohne Enteignungen die Verschuldungs- und Währungs Krise bewältigen soll?

### **Wir stehen vor einem Scherbenhaufen. ...**

Was das praktische Handeln betrifft: Der CO<sub>2</sub>-Minderungspfad Deutschlands ist ohne substanzielle Wohlstandsverluste und ohne Gefährdung der freiheitlich-demokratischen Grundordnung kaum zu

erfüllen, und sollte daher dringend korrigiert werden.

Da wir uns sehenden Auges in eine substanzielle Energiekrise manövriert haben, verbietet sich jede weitere Abschaltung von Kraftwerken, die gesicherte Leistung liefern. Der weitere Betrieb der letzten Atomkraftwerke darf auch nach dem 15. April kein Tabu sein.

Ganz generell müssen wir Deutschen wieder lernen, nicht immer zu allem immer nur Nein zu sagen und überall immer nur das Haar in der Suppe zu suchen.

\*\*\*\*\*

Henrik Paulitz ist Gründer und Leiter der "Akademie Bergstraße für Ressourcen-, Demokratie- und Friedensforschung". Er ist der Autor mehrerer Bücher, darunter "StromMangelWirtschaft - Warum eine Korrektur der Energiewende notwendig ist" (2020).

xxx

## Scholz und Baerbock erleiden mit ihrer Moralpolitik die dritte Pleite

FOCUS-online-Korrespondent Ulrich Reitz (Düsseldorf), 25.04.2023



Harmonie pur? Eher das Gegenteil beim Kanzler und seiner fürs Auswärtige zuständigen Ministerium

**Der schweizerische Bundespräsident Alain Berset besuchte den deutschen Bundeskanzler und es ereignete sich Bemerkenswertes: Ein Rückschlag für die wertegebundene Außenpolitik, der sich die Bundesregierung verpflichtet fühlt. Es war schon der dritte. Innerhalb von nur einer Woche.**

Unmittelbar vor Bersets Besuch hatten deutsche Spitzenpolitiker aus den Ampelparteien noch versucht, die Schweiz moralisch unter Druck zu setzen. Es waren jene wie die Vorsitzende des Verteidigungsausschusses,

Marie-Agnes Strack-Zimmermann, und der Vorsitzende des Auswärtigen Ausschusses, Michael Roth, die immer wieder auch den Kanzler wegen deutscher Waffenlieferungen öffentlich getrieben hatten. Sie argumentierten, im Ukraine-Krieg könne man nicht neutral bleiben. Und beide drohten via Presse, keine Rüstungsaufträge mehr in die Schweiz zu vergeben. Genutzt hat es freilich nicht.

Dies war und ist die Berliner Hoffnung, Scholz formulierte sie im Beisein seines Gasts Berset: Deutschland bricht mit seiner „Zeitenwende“ mit einem Dogma, keine Waffen in Kriegsgebiete zu liefern. Und so wie Deutschland mit einem seiner vordem ehernen Grundsätze brechen könne, könnten dies doch auch andere Staaten.

### **Waffenlieferungen: An der Schweiz beißt sich Scholz die Zähne aus**

Die Schweiz aber tut das nicht. Sie hält an ihrem Neutralitäts-Dogma fest – und liefert keine Waffen an die Ukraine, auch nicht indirekt. Scholz biss sich an der Schweiz die Zähne aus.

Der Schweizer Berset, ein Sozialdemokrat, teilte dies dem „lieben Olaf“ heute Mittag auch unverblümt mit. Die Schweiz halte an ihrer Neutralität fest, das sei eine Frage auch ihrer internationalen Glaubwürdigkeit – und bedeute auch nicht „Gleichgültigkeit“. Was es indes bedeutet, ist, dass die Schweiz „keine Seite“ militärisch unterstützt.

Hinter dieser Formulierung des Präsidenten verbirgt sich diese schweizerische Auslegung der Neutralität: Entschieden Bern, der Ukraine Waffen zu liefern, dürfe dies auch Russland nicht verweigert werden. Kritiker in der Schweiz halten dem entgegen, das Völkerrecht habe sich inzwischen weiterentwickelt. Während Anfang des vergangenen Jahrhunderts Krieg noch die Fortsetzung von Politik mit anderen Mitteln war, sei Krieg inzwischen geächtet, mit harten Folgen: Einem Überfallenen dürfe man bei dessen Selbstverteidigung mit Waffenlieferungen helfen, ohne selbst Kriegspartei zu sein.

## **China, Brasilien, Schweiz: Die anderen wollen halt nicht so, wie Deutschland will**

Jedenfalls: Rechnet man den vergeblichen Versuch der deutschen Außenministerin Annalena Baerbock, [China](#) auf die Positionen des Westens im Ukraine-Krieg zu ziehen, den Versuch des Bundeskanzlers und seines Wirtschaftsministers Robert Habeck, das gleiche in Brasilien zu erreichen, mit dem heutigen Schweiz-Flop von Scholz zusammen, dann kommt ein Dreifach-Wumms zusammen. Die anderen wollen halt nicht so, wie Deutschland will. Nicht China, nicht Brasilien, nicht die Schweiz. Die wertebasierte, idealistische Hoffnung, ein deutsches Vorbild könnte andere Länder gleichfalls zu einer „Zeitenwende“ veranlassen, ist nun in drei Fällen innerhalb von gerade einmal einer Woche gescheitert. Die Chinesen verbitten sich eine Einmischung in ihre Angelegenheiten und wollen von einem deutschen „Lehrmeister“ keine Lektionen über Taiwan und die Menschenrechte hören. Die [Brasilianer](#) nehmen von den Deutschen gerne 200 Millionen, um den Regenwald zu retten, um ihn dann umso stärker abzuholzen. Und im Ukraine-Krieg vertritt der linke Lula da Silva unverhohlen russlandfreundliche Positionen – und fordert einseitig Amerikaner und [Europäer](#) zum Frieden auf. So hatten sich vor allem Rote und Grüne den Wechsel vom rechten Bolsonaro auf den linken – und damit ideologisch befreundeten – Lula wirklich nicht vorgestellt. Und die die Schweizer bleiben eben, was sie immer waren: politisch neutral.

## **Fast sieht es so aus, als sei die Werte-Außenpolitik auf dem Holzweg**

Alle drei Länder folgen ihren Interessen, und nicht Moralvorstellungen, wie sie Deutschland mit seiner Ampelregierung lautstark öffentlich vertritt. Es ist zwar nicht klar, ob die „stille Diplomatie“ im Umgang mit unliebsamen Ländern früher besser funktionierte, aber der öffentlich ausgetragene Konflikt hilft jedenfalls, das zeigen die drei Beispiele, auch nicht weiter.

Auf eine Kurzformel gebracht: Nationale Interessen schlagen übernationale Werte. Fast sieht es so aus, als sei die Werte-Außenpolitik auf dem Holzweg. Vielleicht ist sie auch ein Holzweg.

Schon vor einem Jahr sprach Annalena Baerbock einen so großen wie schillernden Satz aus. Die grüne Bundesaußenministerin eröffnete die Diskussion um eine nationale Sicherheitsstrategie für die Bundesrepublik und sagte dann dies: „Bei Fragen von Krieg und Frieden, bei Fragen von Recht und Unrecht kann kein Land, auch nicht Deutschland, neutral sein.“

## **Woher kommt diese Gewissheit, auch anderen Ländern ihre Politik vorschreiben zu können?**

Weshalb sollte Deutschland festlegen können, dass in Fragen von Krieg und Frieden „kein Land“ neutral bleiben kann? Woher kommt diese Gewissheit, auch anderen Ländern ihre Politik vorschreiben zu können? Man kann studieren, dass andere Länder jene „Ordnung des Rechts“, auf die sich Baerbock beruft, völkerrechtlich anders auslegen.

Es bleibt jedenfalls festzuhalten, dass die Schweiz das anders sieht. Und pikanterweise vertreten die Schweizer Grünen in der Frage der Waffenlieferungen an die Ukraine die gegenteilige Ansicht zu ihren deutschen Parteifreunden. Überhaupt wird über die Neutralität des Landes und mehr noch darüber, wie dieses Dogma zu verstehen sei, in der Schweiz heftig diskutiert.

Die konservative Schweizer Volkspartei SVP will sie sogar mittels Volksabstimmung noch einmal verschärfen. Damit dürfte sich die Schweiz nicht einmal mehr an Sanktionen beteiligen, was sie gerade gegen Russland tut. Und der Gast von Olaf Scholz, Alain Berset, hatte in der aufgewühlten Debatte um Schweizer Waffenlieferungen erst unlängst im Stil von Wagenknecht, Schwarzer und Co. vor einem „Kriegsrausch“ gewarnt.

## **Neutralität als Schutz für bisweilen schmutzige Geschäfte?**

In ihrem gemeinsamen Auftritt zählte Scholz allerhand Gemeinsamkeiten auf zwischen der Schweiz und Deutschland. Etwa die vielen persönlichen Beziehungen – allein rund um den Bodensee pendeln täglich 60.000 Menschen zwischen der Schweiz und Deutschland. Scholz hob auch hervor, die Schweiz trage die vom Westen gegen Russland verhängten Sanktionen mit.

Dass erst unlängst die Schweizer Regierung ihre Mitarbeit an einem internationalen Projekt versagte, um die Milliarden [russischer](#) Oligarchen im Land dingfest zu machen, ließen Scholz und Berset diplomatisch unter den Tisch fallen. Die Regierung in Bern begründete das mit dem Schutz von Persönlichkeitsrechten, dem Datenschutz etwa, die in der Schweiz seit jeher einen hohen Rang hätten.

Die Neutralität dient seit dem Wiener Kongress von 1815 ihrem Schutz. Heute wird in der Schweiz gestritten, ob die Schweiz überhaupt gefährdet ist und falls ja, ob sie sich überhaupt allein schützen kann. Die Schweiz ist von Nato-Ländern umgeben. Von Links wird häufig der Vorwurf erhoben, die politische Neutralität diene heute vor allem als Schutz für bisweilen sogar schmutzige Geschäfte.

xxx

## Wie die Wessis zu den neuen Ossis werden

VON ROLAND TICHY, 23. April 2023

Es ist eine bösertige Pointe der Geschichte: Jetzt wird die Lebensleistung vieler Westdeutscher so ähnlich entwertet, wie es nach der Wiedervereinigung nur die Ossis erlebt haben. Woran das liegt und ein gravierender Unterschied: Wir haben keinen zweiten Westen.



### Verfallenes Wohnhaus in der Dortustraße in Potsdam

Sicher, die deutsche Wiedervereinigung war ein Glücksfall – aber einer mit Härten. Die Ostdeutschen erkämpften sich die Freiheit und konnten die Erstarrung eines sklerotischen Systems überwinden – aber um einen Preis, der vielfach als Entwertung der Lebensleistung benannt werden kann.

### **Alles neu macht der Wessi – und der Ossi die Drecksarbeit**

Denn nach dem Einigungsvertrag wurde das westdeutsche System über die DDR gestülpt. Nichts blieb von dem, was die DDR an Institutionen, Recht und Lebensstil hatte – außer dem Ampelmännchen und dem grünen Rechtsabbiegerpfeil an Straßenkreuzungen. Ansonsten – alles neu machten die Wessis, für die Ossis blieb die untergeordnete Arbeit, wenn überhaupt. Meist nur der Gang zum Arbeitsamt. Jeden Morgen um 7 starteten der frühere Regierungsaibus Erich Honeckers und eine Fallschirmjäger-Transall am Flughafen Köln-Bonn, an Bord die „Buschhoffiziere“. Es waren die Beamten und Mitarbeiter des öffentlichen Dienstes, die den Einigungsvertrag zu exekutieren hatten. Manche Karrieresackgasse im Westen wurde zur Autobahn des Erfolgs im Osten. Die Unternehmer waren schon vorher da; mit den schriftlichen Ramsch-Angeboten der Treuhand im Diplomatenkofferchen waren hübsche Schnäppchen zu machen und Konkurrenten konnten beseitigt werden – alles im Dienste der Einheit. Bei allem, was da geschah – dem blitzschnellen Aufbau einer modernen Verwaltung, industriellen Leuchttürmen in Schwedt, Halle, Jena und anderswo, an der Revitalisierung des vom Taubenschiss

zerfressenen Berlins und der anderen Städte, an Verkehrsprojekten, neuen Autobahnen, Kanalisation und Luftfiltern für die Braunkohlestinker: Es waren nicht sofort blühende Landschaften, doch es ging ziemlich schnell; und noch heute ist die Glasfaser flotter, sind viele Straßen glatter, viele Städte herausgeputzter; der Westen versank 20 Jahre im Reparaturstau ohne Mittel.

Aber menschlich? Arbeitsplätze gingen verloren, millionenhaft wurde die Stütze zum Familieneinkommen, die Frühestverrentung zum vergifteten Geschenk, die Herabstufung zur Demütigung. Es waren ja die Wessis, die draufhatten, was der Westen so braucht; und die fixen Ossis waren verdächtig, denn es konnte ja sein, dass die Anpassungsfähigkeit schon früher erworben worden war. Ärzte, die auf die Seite geschoben wurden, Lehrer, die zur Nachhilfe in Sachen Westen mussten, Techniker, deren Genie in Sachen „Hilf Dir selbst, sonst hilft Dir keiner“ nur noch störte, wenn man doch alles kaufen konnte, was kaputt war oder klemmte, Arbeiter, die zuschauen mussten, wie der Caterpillar umschubste, was sie jahrelang am Laufen gehalten hatten. Ja, es wurde vieles besser. Aber die Menschen in den Ruinen standen nur im Weg, Jammer-Ossis halt. So war es, und es war bitter für Millionen.

### **Die zweite Entwertung, diesmal im Westen**

Und jetzt geht es im Westen vielen anders, aber auch nicht besser. Im Zuge der großen Transformation wird es zur Sünde erklärt, dass sie die weltbesten Autos gebaut haben. Man muss die Gesichter sehen der Männer aus den nigelnagelneuen Kohle- oder Gaskraftwerken, die jetzt nur noch zur Rostbeseitigung gelegentlich laufen dürfen. Sie sind nur noch geduldet, nicht gebraucht. Gut, neuerdings wurden wieder ein paar ans Netz geholt, aber ohne Perspektive, es macht doch alles die Sonne jetzt. Ihr Stolz ist zerstört; der Stolz, die Hochtechnologie Atomkraftwerke bewältigt, gewartet und effizient betrieben zu haben; der Stolz, als „Hidden-Champion“ die Welt beliefern zu können, ist verflogen mit der letzten Gasrechnung, die dem Unternehmen das Genick gebrochen hat. Redet nicht vom Fachkräftemangel, die Frühverrentungsprogramme laufen ungebremst weiter, ein gigantisches Aussonderungsprogramm für die, die Mitte 50 sind. Man kann aber kaum einen Mechatroniker zum Kita-Betreuer umschulen; oder soll er statt für 60 Euro die Stunde jetzt für 15 Euro kellnern? Dann lieber mit kaputtem Rücken krankschreiben und bei Hornbach die neuen Dielenbretter holen.

Aber nicht nur um den Job geht es. Das Gefühl, nicht mehr sagen zu dürfen, was man denkt, das verärgert, und stille Wut staut sich auf wegen dem Unsagbaren. Der Stammtisch war früher Blitzableiter für Frustration und ist heute Hochrisikozone, wenn einer wie früher die Sau rauslässt. Kein gutes Gefühl, den letzten Gender-Schmäh nicht draufzuhaben, und beim Tatort ist so einer wie Du garantiert der Täter. Die Sombreros und Kostüme eines AWO-Rentnerinnen-Ballets werden als kulturelle Aneignung verboten und die Bundesgartenschau in Mannheim zur kulturellen Umerziehungsanstalt für zurückgebliebene Kleingärtner umfunktioniert. Jeder Lebensbereich wird politisiert und mit Regeln versehen, die keiner verstehen und kapieren kann – so wird jeder zum Rassisten, Kolonialisten oder sonst was denunziert; Straßenschilder werden abmontiert und die Geschichte umgeschrieben – zur durchgehenden Geschichte von Schuffen und Verbrechern. So wird Schuld aufgeladen – es war eben alles falsch. Du wirst für die nichtbezahlte TV-Gebühr verfolgt, die anderen stechen Mädchen ab und machen ein paar Jahre auf Psychiatrie, aber Du wirst ständig als alter weißer Mann beschimpft.

Frauen, die Kinder großgezogen haben und die Chose durchmanövriert haben im Reihenhaus, sind jetzt CO<sub>2</sub>-Übeltäterinnen, deren ökologischer Fußabdruck wegen des CO<sub>2</sub>-Ausstoßes der Kinder zu groß ist. Späte Helden des Industriezeitalters sollen jetzt Buße tun für die Schadstoffe aus der Zeit von vor 150 Jahren; sie müssen dafür CO<sub>2</sub>-Steuer bezahlen von der reduzierten Betriebsrente oder der Lebensversicherung, die wegen der Inflation dahin schrumpft, statt die Rentenlücke zu schließen, wie es versprochen und ausgemacht war.

Das schmucke Eigenheim, auf das man stolz ist, wird zur Falle: Habeck zerschlägt mit dem Vorschlaghammer die mühsam aufgebaute Sicherheit für das Alter. Der eigene Herd ist dem Habeck nichts wert. Weg damit! Dazu das stete Hohelied auf Massenzuwanderung; wir sind minderwertig, weil blond, und worauf wir stolz waren, wird abgeräumt bis zur Mohrenapotheke, Hindenburg-Denkmal und Bismarckring; ein Volk von Tätern, Rassisten, Kolonialisten und Klimaverbrechern soll Buße leisten für imaginierte Sünden der Vorväter. Das Geld wird knapp, mit der Inflation schwindet jede Sicherheit, auf die du vertraut hast, beim Facharzt wochenlange Wartezeiten, für weitere Migration ist jedes Geld da, nicht aber für das beheizte Freibad. Eine Ricarda Lang, weder Beruf noch Berufstätigkeit, schreibt dir vor, wie du zu leben hast, Insekten sollen es sein statt Nackensteak, und wer grillt, ist ein Klimakiller.

## Die Entwertung der Lebensentwürfe auch im Westen

Es ist die Entwertung der Lebensentwürfe, die Demoralisierung des Lebens, die materielle Unsicherheit, der Anschlag auf die letzte feste Burg, das Reihenhaus. Der Westen wird zum neuen Osten, aber nivelliert sich nach unten. Auf den Dörfern sieht es aus wie früher in Brandenburg oder Sachsen-Anhalt: Der letzte Laden geschlossen, die Dorfkneipe ein Flüchtlingsheim, der Arzt weit weg im Ärztezentrum in der Kreisstadt, der Bus fährt im Zwei-Stunden-Takt zuletzt um 17 Uhr und das Auto wird zu teuer. Das Elend grinst aus den Fenstern der unverkäuflichen Objekte und warte, bald ist auch Deines dabei, wenn die Gastherme den Geist aufgibt und die Sparkasse, wenn es sie außer in Form eines Automaten noch gibt, keinen Kredit vergibt: Zu alt, zu wenig Sicherheit steckt im Haus, das doch genau dafür gebaut, geliebt und gebraucht wurde.

*Wiedervereinigung* damals und die *Große Transformation*, die heute übergestülpt wird – es ist ganz anders und doch ähnlich. Weit im Osten, in Polen, Tschechien, Ungarn, da war es jahrelang noch viel schlimmer, weil der Absturz in die Ruinen des Sozialismus nicht abgefedert wurde. Kennt ihr noch die Polenwitze? Der braucht kein Viagra, der hat schon ein Stemmeisen in der Hose. Aber der Pole klaut nicht mehr, er will aber auch nicht mehr für Kühne&Nagel auf dem Bock vom LKW 6 Wochen fern von zu Hause rackern. Der kriegt ja jetzt die schöne, neue Wärmepumpen-Fabrik von Bosch hingestellt; Strompreise sind für ihn ja kein Argument, er liefert gerne den Strom aus Kohle und Atom für teuer Geld. Vaillant etwa hat gerade eine neue Fabrik in der slowakischen Kleinstadt Senica in Betrieb genommen. Konkurrent Viessmann baut eine Fabrik im polnischen Legnica mit 50.000 qm Fläche. Deutschland importiert die Stricke, an denen es aufgehängt wird.

Jetzt wird der Westen abgewrackt. Jetzt sind es die Wessis, die sich fremd fühlen im eigenen Land, ohne Zeitung, die darüber schreibt, ohne Politiker, die sich dafür interessieren, weil sie zu beschäftigt damit sind, ihren Listenplatz und ansonsten den Planeten zu retten. Okay, könnte man sagen, das ist nur fair. Materiell trifft es die im Osten noch härter, weil der Speck nicht da ist, von dem die im Westen oft genug noch zehren. Es waren halt ein paar gute Jahre, jetzt geht es wieder in den Sozialismus, hört man im Osten, und der Westen wundert sich, kennt er nicht. Noch nicht.

Es gibt nur ein klitzekleines Problem dabei: **Der Osten hatte den Westen, der ihn bei aller moralischer Verachtung wenigstens finanziell über Wasser gehalten hat. Die im Westen heute wissen: Es gibt keinen Westen im Westen.**

xxx

## Landwirte gehen auf die Barrikaden: EU-Klimapolitik trifft auf Widerstand

GREGOR UHLIG, 23.04.2023

Die EU-Pläne für die Landwirtschaft drohen das Sterben der landwirtschaftlichen Betriebe im Namen des Klimas massiv zu beschleunigen. Doch es gibt Widerstand.



EU-Kommissionspräsidentin von der Leyen will die Landwirtschaft reformieren, doch der Widerstand wächst. (Foto: dpa)

Die Behörden in Brüssel erörtern neue Vorschriften für die europäische Landwirtschaft, die dazu führen, dass schon relativ kleine landwirtschaftliche Betriebe künftig wie Industrieanlagen behandelt werden, also ähnlich wie Stahlwerke oder Chemiewerke. Die geplanten gesetzlichen Anforderungen an die

Landwirte sind enorm. Sie sollen dazu beitragen die weit reichenden Ziele zu erfüllen, die in der "Farm to Fork"-Strategie formuliert sind:

- Reduzierung des Einsatzes von chemischen Pestiziden um 50 Prozent bis 2030
- Verringerung des Düngemittelsatzes um 20 Prozent bis 2030
- Senkung des Verkaufs von antimikrobiellen Mitteln für Nutztiere und in der Aquakultur um 50 Prozent



- Erhöhung der Anbaufläche für den ökologischen Landbau von 9,1 Prozent im Jahr 2020 auf 25 Prozent im Jahr 2030
- Größere Viehzuchtbetriebe müssen die für die Schwerindustrie geltenden Vorschriften für saubere Luft und sauberes Wasser einhalten

Dies geschieht vor dem Hintergrund, dass der Krieg in der Ukraine die globalen Lebensmittelmärkte durcheinander gebracht hat und die Landwirte in der EU bereits mit einer Kürzung der Subventionen im Rahmen der Gemeinsamen Agrarpolitik (**Common Agricultural Policy**, CAP) rechnen müssen. Die Landwirtschaft ist der Europäischen Umweltagentur **zufolge** für 11 Prozent der gesamten Treibhausgasemissionen in der EU verantwortlich.

Neben den Treibhausgasen sind auch die Stickoxide, die in Düngemitteln enthalten sind, sowie tierischer Urin und Exkremente nach Auffassung der Brüsseler Behörden ein wesentlicher Teil des Problems. Denn hohe Stickstoffkonzentrationen führen dazu, dass invasive Arten andere Pflanzen zu verdrängen, was zum Verlust der biologischen Vielfalt führen kann.

Die 9,1 Millionen landwirtschaftlichen Betriebe in der Europäischen Union reichen von großen Industrieunternehmen mit Tausenden Tieren bis hin zu Kleinbauern mit einer Handvoll Ziegen. Die Gewinnspannen sind aber fast überall gering - sowohl bei Bio-Erzeugern als auch bei Schweinezüchtern, die dem internationalen Wettbewerb ausgesetzt sind und bei denen schon ein geringer Anstieg des Futtermittelpreises den Ruin bedeuten kann.

### **Ukraine-Krise ist Katastrophe für die Landwirtschaft**

Der Ukraine-Krieg begann genau zu dem Zeitpunkt, als die EU-Kommission ihre "Farm to Fork"-Ziele vorstellte. Die zwei zeitgleich hinzukommenden Belastungen für die Landwirte organisiert sich erstmals wirksamer Widerstand. Unter dem Druck der Agrarlobby haben mehrere Regierungen von EU-Mitgliedsstaaten die Vorschläge der Kommission zurückgewiesen.

Die niederländische Regierung hat vor kurzem ein **Programm zur Schließung Tausender landwirtschaftlicher Betriebe** kassiert, mit dem sie das erklärte Ziel verfolgt hatte, die Emission von Stickstoffoxid zu verringern. Mit dem Stopp reagierte die Regierung darauf, dass sich zuvor eine neue Bürgerbewegung der Landwirte (BBB) gegen die EU-Pläne formiert und bei den Kommunalwahlen im März den **Sieg davon getragen** hatte.

In den letzten Tagen haben Polen und Ungarn die Einfuhr von Getreide, Milchprodukten, Fleisch, Obst und Gemüse aus der Ukraine vorübergehend gestoppt, nachdem sich die Landwirte über billige ukrainische Lebensmittel beschwert hatten. Der wachsende Widerstand stellt eine große Herausforderung für die EU-Kommission dar, die bis 2050 netto null Emissionen erreichen will.



Landwirte demonstrieren am 21. März bei Grimma gegen die deutsche und europäische Agrarpolitik. (Foto: dpa)

### **Warum wehren sie die Landwirte plötzlich?**

Für viele Landwirte ist der Widerstand gegen die anstehenden Änderungen nichts weniger als eine Frage des wirtschaftlichen Überlebens. Nach Ansicht des belgischen EU-Abgeordneten Tom Vandenkendelaere ist der Druck auf die Landwirte

unerträglich geworden. "Es ist die Anzahl der politischen Maßnahmen, die sie gleichzeitig treffen. Wir müssen das Tempo drosseln", zitiert ihn die **Financial Times**.

Nach Angaben des französischen Instituts für Gesundheit ist die Wahrscheinlichkeit, dass Landwirte Selbstmord begehen, dreimal so hoch wie bei anderen Berufsgruppen. **Caroline van der Plas**, Vorsitzende des BBB, sagte Anfang April vor dem niederländischen Parlament: "Menschen, die uns unsere tägliche Nahrung liefern [...] werden als Tierquälerei, Giftmischer, Bodenzerstörer und Umweltverschmutzer abgestempelt."

Die Zahl der landwirtschaftlichen Betriebe in der EU ist seit 2005 bereits um mehr als ein Drittel geschrumpft. Während der durchschnittliche Betrieb größer geworden ist, bleibt das Jahreseinkommen mit nur etwa 20.000 Euro pro Person **konstant niedrig**. Drei Viertel aller Betriebe sind in Familienhand und haben ein noch geringeres Durchschnittseinkommen. Dies erklärt, warum in den letzten zehn Jahren so viele landwirtschaftliche Betriebe aufgegeben haben.

Bram van Hecke, der auf dem Milchviehbetrieb seiner Familie in der Nähe von Ostende in Belgien arbeitet, sagte der FT, dass die EU-Richtlinie zur Bekämpfung der Stickstoffverschmutzung, die den Landwirten vorschreibt, die Ausbringung von Mist per GPS zu erfassen und nicht in einem Abstand von 5 Metern zum Wasser zu wirtschaften, seinen Betrieb jährlich 10.000 bis 15.000 Euro kostet. "Wir verlieren etwa 4 Hektar durch die Richtlinie."

### **Weniger Produktion, teurere Lebensmittel**

Im Jahr 2021 exportierte die EU Agrarprodukte im Wert von 197 Milliarden Euro und importierte Agrarprodukte im Wert 150 Milliarden Euro, was einen Überschuss von 47 Milliarden Euro ergab. Die Politik der EU läuft darauf hinaus, dass weniger in der Landwirtschaft weniger produziert wird. Die Verbraucher sollen offenbar mehr für Lebensmittel bezahlen oder weniger essen.

Trotz allen Widerstands hat die Präsidentin der EU-Kommission, Ursula von der Leyen, das Tempo der Politikgestaltung nicht verlangsamt. Doch nach dem Beginn des Ukraine-Krieges hat Brüssel den Landwirten immerhin erlaubt, Futtermittel auf den 10 Prozent der Flächen anzubauen, die eigentlich zur Erholung unbewirtschaftet bleiben müssen, um sich für Subventionen zu qualifizieren. Außerdem hat sie die Vorschriften zur Fruchtfolge ausgesetzt.

Im Hinblick auf die "Farm to Fork"-Strategie sind es die Mitgliedsstaaten, die auf die Bremse getreten sind. Die Vorschläge der EU-Kommission können von den 27 Mitgliedstaaten abgeändert werden, und sie haben die ehrgeizigen Ziele der Kommission Punkt für Punkt ausgebremst. So bemängelten sie, dass nur die Menge der ausgebrachten Chemikalien berücksichtigt werden soll, nicht aber deren Toxizität.

Zudem haben die Mitgliedsstaaten die pauschale Einschränkung von Pestiziden zur erneuten Folgenabschätzung an die Kommission zurückgeschickt. Sie kritisierten, dass die Kommission, allen Ländern dieselbe verhältnismäßige Kürzung auferlegen will, anstatt die Ausgangssituation jedes einzelnen Landes zu berücksichtigen. So setzten zum Beispiel die Niederlande derzeit viel mehr Pestizide ein als Polen.

### **EU machen peinlichen Fehler in neuer Richtlinie**

Bei der Überarbeitung der Richtlinie über Industrieemissionen, die größere Tierhaltungsbetriebe dazu verpflichten soll, die für die Schwerindustrie bereits geltenden Vorschriften für saubere Luft und sauberes Wasser einzuhalten, räumte die Kommission im Februar ein, dass sie sich bei der Vorlage des Vorschlags im vergangenen Jahr in den Zahlen geirrt hatte.

Sie legte den Schwellenwert für die Einhaltung der Vorschriften auf Schweine-, Geflügel- und Rinderhaltungsbetriebe mit mindestens 150 **Großvieheinheiten** fest und behauptete, dass nur 13 Prozent der gewerblichen Betriebe in Europa davon betroffen wären. Doch die Berechnungen basierten auf Daten aus dem Jahr 2016. Als die Studie mit Daten aus dem Jahr 2020 überarbeitet wurde, stellte sich heraus, dass sechs von zehn Geflügel- und Schweinebetrieben betroffen wären.

Ein Gesetz zur Schaffung rechtlich verbindlicher Ziele zur Umkehrung der Umweltverschlechterung, das ebenfalls im Rahmen von Farm to Fork im vergangenen Jahr vorgeschlagen wurde, stößt auf Widerstand, da es zum Verlust landwirtschaftlicher Flächen führen würde. So würden etwa trockengelegte Moore wiederhergestellt. Ziel ist es, bis 2030 auf mindestens 20 Prozent der Land- und Meeresflächen Maßnahmen zur Wiederherstellung der Natur zu unternehmen.

Gesonderte Rechtsvorschriften zur Verringerung der Entwaldung wurden im vergangenen Jahr auch in Ländern wie Schweden und Finnland abgelehnt, die Zugeständnisse erhielten, damit sie weiterhin Holz-Plantagen bewirtschaften können. Im Juni wird der letzte Teil des "Farm to Fork"-Pakets verabschiedet, ein Gesetz, das die Länder verpflichtet wird, den Zustand ihrer Böden zu überwachen und zu verbessern.

Rund 16 EU-Agrarminister schrieben im Januar einen Brief an Brüssel, in dem sie kritisierten, dass die Maßnahmen zur Aufgabe von land- und forstwirtschaftlichen Flächen führen könnten. "Dies wiederum wird sich höchstwahrscheinlich negativ auf die Ernährungssicherheit, die Versorgung mit

nachwachsenden Rohstoffen (für den Holzbau oder die Bioökonomie) und erneuerbare Energiequellen, wie lokal verfügbare Biomasse, auswirken", zitiert die FT aus dem Schreiben.

### **Kann die EU den Protest mit Geld beschwichtigen?**

EU-Agrarkommissar Janusz Wojciechowski hat bereits eine Aufstockung der Mittel für die Gemeinsame Agrarpolitik gefordert, da die Inflation den realen Wert der Subventionen untergraben hat. Die Gemeinsame Agrarpolitik "macht nur 0,4 Prozent des EU-Bruttoinlandsprodukts aus, um Ernährungssicherheit, Umweltsicherheit und Klimaschutz zu gewährleisten", argumentiert er. FoodDrinkEurope, der europäische Dachverband der Lebensmittelindustrie, hat von der Leyen im März **schriftlich aufgefordert**, einen Teil der milliardenschweren Subventionen für den grünen Wandel in die Landwirtschaft zu stecken. Mehrere Mitgliedsstaaten haben die gleiche Forderung erhoben und in diesem Zusammenhang darauf hingewiesen, dass die gestiegenen Zinssätze die erforderlichen Investitionen deutlich teurer machen.

xxx

### **Die Pläne dieser Regierung führen zu Aufruhr in der Bevölkerung**

Michael Kretschmer, Ministerpräsident von Sachsen, 23.04.2023

Michael Kretschmer, Ministerpräsident von Sachsen

Quelle: pa/photothek/Florian Gaertner

Die Ampel-Pläne zur Heizungserneuerung gefährden nach Einschätzung von Michael Kretschmer „das Gleichgewicht von Ökonomie, Ökologie und Sozialem“. Der CDU-Politiker warnt vor drastischen Konsequenzen: Die Politik werde „einen großen Teil der Bevölkerung verlieren“.

Sachsens Ministerpräsident Michael Kretschmer hat die jüngsten Pläne der Ampel-Koalition in der Klimapolitik scharf kritisiert. „Die Ampel kündigt das Gleichgewicht von Ökonomie, Ökologie und Sozialem gerade auf“, sagte der CDU-Politiker der „Bild am Sonntag“ („BamS“). „Die Pläne dieser Regierung führen **zu Deindustrialisierung und zu Aufruhr in der Bevölkerung.**“



Kretschmer kritisierte vor allem das geplante Gebäudeenergiegesetz zur Heizungserneuerung: Es sei „mit der Brechstange“ gemacht worden. „Viele Bürger werden sich den geforderten Umbau ihres Häuschens oder ihrer Wohnung schlicht nicht leisten können. Auch Vermieter und Wohnungsunternehmen schlagen Alarm“, meinte der Landeschef. „Die Energiewende wird für die Bürger unbezahlbar und die Politik wird damit einen großen Teil der Bevölkerung verlieren.“ Es werde wegen der Klimapolitik zu massiven Standortverlagerungen von Unternehmen weg aus Deutschland kommen.

### **GEBÄUDE-ENERGIE-GESETZ**

**„Der gesellschaftliche Zusammenhalt in Deutschland steht auf dem Spiel“**

#### **WOHNUNGSBAU**

**Klimaschutz aussetzen – „Wir müssen ohne Tabus über Standardsenkungen sprechen“**

Bundesgesundheitsminister Karl Lauterbach (SPD) forderte in der Zeitung bei der Heizungserneuerung großzügige Ausnahmeregelungen für Krankenhäuser, Pflege- und Reha-Einrichtungen. „Wir werden nicht zulassen, dass steigende Energie- und Heizkosten Krankenhäuser in ihrer Existenz gefährden“, sagte Lauterbach. Konkret soll es den Einrichtungen möglich sein, unter bestimmten Umständen auch in Zukunft etwa den Einbau einer neuen Gasheizung zu beantragen.

#### **FDP-Delegierte für Änderungen am Gebäudeenergiegesetz**

Die Ampel-Koalition hatte zuletzt einen Kompromiss beim umstrittenen Gebäudeenergiegesetz erzielt. Demnach bleibt es im Kern dabei, dass ab dem 1. Januar 2024 jede neu eingebaute Heizung zu 65 Prozent mit erneuerbaren Energien betrieben werden muss. Es dürften damit keine reinen Gas- oder

Ölheizungen mehr neu installiert werden. Es soll aber Ausnahmen, Übergangsfristen und eine umfassende Förderung geben.

Auf dem FDP-Bundesparteitag am Samstag beschlossen die Delegierten einen Antrag, der „große Änderungen“ am Gebäudeenergiegesetz verlangt, für das ein Entwurf mit Zustimmung der FDP-Minister in der vergangenen Woche vom Kabinett verabschiedet worden war.

## FDP-PARTEITAG

### **Eine staatstragende Partei mit unterschwelliger Existenzangst**

Die Vorschriften griffen zu stark in ein selbstbestimmtes Leben der Menschen ein, kritisiert die FDP nun. Laut einer Umfrage des Meinungsforschungsinstituts Insa im Auftrag der „Bild am Sonntag“ sprechen sich jedoch 55 Prozent der Parteianhänger für ein Verbot von neuen Gas- und Ölheizungen aus. In der Gesamtbevölkerung seien dies nur 32 Prozent.

xxx

## **Harald Kujat: „Europa ist in der geopolitischen Machtarithmetik der großen Mächte ins Hintertreffen geraten“**

OVERTON, Thomas Kaiser, 27. April 2023

Xi Jinping und Wladimir Putin am 21. März 2023. China und Russland verfolgen das Ziel einer multipolaren Welt. Bild: Kreml

**General a. D. Harald Kujat über die Selbstbehauptung Europas, den Konflikt mit China, geopolitische Interessen und die Friedenspflicht Deutschlands.**



*Zeitgeschehen im Fokus/Thomas*

*Kaiser: Als ehemaliger Generalinspekteur der Bundeswehr und Vorsitzender des Nato-Militärausschusses müssen sich Ihnen doch die Nackenhaare sträuben, wenn Sie Macrons Idee von der „strategischen Autonomie“ Europas hören.*

**General a. D. Harald Kujat:** Nein, das ist eine überzeugende Schlussfolgerung aus der gegenwärtigen geopolitischen Lage. Ich spreche zwar nicht von „strategischer Autonomie“, sondern von der „Selbstbehauptung Europas“. Das bedeutet jedoch mit anderen Worten, was Präsident Macron meint: Die Fähigkeit Europas, sich in der neuen Weltordnung der rivalisierenden großen Mächte, gegenüber China, Russland und den Vereinigten Staaten aus eigener Kraft zu behaupten.

Europa ist in der geopolitischen Machtarithmetik der rivalisierenden großen Mächte immer weiter ins Hintertreffen geraten. Der Ukrainekrieg führt uns täglich vor Augen, dass die europäische Politik weder bereit noch in der Lage ist, europäische Interessen durchzusetzen. Das zeigen auch die gereizten Reaktionen deutscher Provinzpolitiker, die Macron aus Mangel an geopolitischer Urteilsfähigkeit vorwerfen, Europa zu spalten oder die Bedeutung des Bündnisses mit den Vereinigten Staaten für die europäische Sicherheit zu unterschätzen.

Die Nordatlantische Allianz ist ein Bündnis kollektiver, gegenseitiger Sicherheit auf der Grundlage eines gemeinsamen sicherheitspolitischen Konzepts. Die Vereinigten Staaten leisten ihren Beitrag für die Sicherheit Europas allerdings nicht aus humanitären Gründen, sondern weil es in ihrem nationalen sicherheitspolitischen Interesse ist. Dass es Fälle gibt, in denen die europäischen und amerikanischen Interessen nicht übereinstimmen, ist evident. Deshalb wurde bereits vor Jahrzehnten vereinbart, dass die Nato Kräfte und Mittel für militärische Einsätze in strategischer Verantwortung der Europäischen Union zur Verfügung stellt, falls die Vereinigten Staaten sich nicht an diesen Einsätzen beteiligen.

*Gibt es Fälle, in denen die amerikanischen und europäischen Interessen überhaupt nicht übereinstimmen?*

**General a. D. Harald Kujat:** Ein Beispiel ist die einseitige Kündigung 2019 des für die europäische Sicherheit so wichtigen INF-Vertrages durch die amerikanische Regierung. Noch wenige Monate zuvor hatten die Staats- und Regierungschefs der Nato-Staaten den Vertrag als „entscheidend für die euro-atlantische Sicherheit“ gewürdigt und betont, „diesem wegweisenden Rüstungskontrollvertrag verpflichtet“ zu bleiben.

Als einziger europäischer Politiker kritisierte Präsident Macron, dass die Vertragskündigung erhebliche Auswirkungen auf die Sicherheit Europas hat. Denn damit wurde Russland eine Möglichkeit gegeben, ohne irgendwelche vertragliche Begrenzungen erneut ein eurostrategisches Nuklearpotential aufzubauen, das Europa, aber nicht die USA bedroht. Als Konsequenz der amerikanischen Entscheidung forderte Macron, Europa müsse sich selbst verteidigen können. Und er fügte hinzu, die amerikanische Entscheidung sollte Anlass sein, über eine europäische nukleare Abschreckung nachzudenken.

Aber auch das Risiko eines neuen russisch-amerikanischen nuklearen Wettrüstens auf dem europäischen Kontinent ist durchaus real. Macrons Worte waren vor allem an Deutschland gerichtet. Denn die militärische Schwäche Europas ist vor allem eine Folge der Schwäche Deutschlands. Zumindest hat der Ukrainekrieg ein Umdenken eingeleitet. Hinsichtlich der Stärkung des konventionellen europäischen Pfeilers in der Nato besteht im Bündnis Einvernehmen. Und je länger der Ukrainekrieg dauert, umso klarer wird sich auch erweisen, dass es gravierende Interessensunterschiede zwischen den Vereinigten Staaten und Europa gibt. Schon im Vorfeld des Krieges, als sich Macron und Scholz in Moskau und Kiew darum bemühten, den Krieg zu verhindern, haben ihnen die Vereinigten Staaten die Unterstützung versagt.

Nur vordergründig beruht die Geschlossenheit des Westens darauf, die Ukraine im Kampf um ihre Sicherheit, Unabhängigkeit und territoriale Integrität zu unterstützen. Auch wenn die Europäer selbst noch keine Vorstellung davon entwickelt haben, muss am Ende des Krieges eine europäische Sicherheits- und Friedensordnung entstehen, in der alle Staaten des europäischen Kontinents einschliesslich der Ukraine und Russlands ihren Platz haben. Dagegen verfolgen die Vereinigten Staaten das Ziel, Russland politisch, wirtschaftlich und militärisch so weit zu schwächen, dass sie sich dem geopolitischen Rivalen zuwenden können, der als einziger ihre Vormachtstellung als Weltmacht gefährden könnte, nämlich China.

*Macron hat das mangelnde europäische Abwehrpotential erwähnt. Ist denn ein Krieg Russlands gegen Europa denkbar?*

**General a. D. Harald Kujat:** Ich sehe keinen Beleg für die Vorbereitung eines Angriffskrieges gegen Europa, was ja ein Krieg gegen die Nato wäre. Russland hat die Nato-Erweiterung von Anfang an unter strategischen Gesichtspunkten gesehen, bezogen auf die geostrategische Lage und das Verteidigungspotential eines Landes, oder anders ausgedrückt, in welchem Maße die Nato-Mitgliedschaft das strategische Gleichgewicht zwischen Russland und der Nato verändern würde. Deshalb ist Russland bereit, einen hohen Preis zu zahlen, um eine Nato-Mitgliedschaft der Ukraine zu verhindern, die möglicherweise auch die Stationierung amerikanischer Streitkräfte in der Ukraine zur Folge hätte. Im Kern geht es vor allem darum, strategische Vorteile des geopolitischen Rivalen USA zu verhindern, nicht zuletzt auch solche, die das nuklearstrategische Gleichgewicht der beiden nuklearen Supermächte gefährden könnten.

Es steht also für die beiden Hauptakteure im Ukrainekrieg, Russland und die Vereinigten Staaten, viel auf dem Spiel. Deshalb bleibt das Risiko bestehen, dass aus dem Krieg in der Ukraine ein Krieg um die Ukraine werden könnte, solange dieser Krieg andauert.

*Das Verhältnis zwischen den Vereinigten Staaten und China hat sich in letzter Zeit deutlich verschlechtert. Droht ein Konflikt zwischen beiden Staaten?*

**General a. D. Harald Kujat:** Auch das Verhältnis der USA zu China wird von geopolitischen Aspekten bestimmt. China ist überzeugt, dass die globalen Risiken seit dem Ukrainekrieg gestiegen sind und die westlichen Länder – im wesentlichen die USA – dafür die Hauptverantwortung tragen. Die Folge ist eine engere Zusammenarbeit zwischen China und Russland, die beide das Ziel einer multipolaren Welt verfolgen. Aus amerikanischer Sicht hat China sowohl die Absicht als auch zunehmend die wirtschaftliche, diplomatische, militärische und technologische Macht, die führende Weltmacht zu werden.

Mit der gleichen Geschlossenheit wie im Ukrainekrieg gegen Russland sollen deshalb die europäischen Staaten gemeinsam mit den regionalen Partnern Australien, Japan, Südkorea, Neuseeland und künftig auch den Philippinen in ein indo-pazifisches Netzwerk gegen China eingebunden werden. Für den Schulterschluss mit Europa in einem künftigen Konflikt mit China bildet die Nato eine wichtige Brücke. In ihrem neuen strategischen Konzept heißt es, dass China die Interessen, die Sicherheit und die Werte der Mitgliedstaaten in Frage stelle. Die systemischen Herausforderungen Chinas für die euro-atlantische Sicherheit will die Nato nun angehen.

Deshalb ist Präsident Macrons Warnung berechtigt, dass der europäische Kontinent sich nicht in die Konflikte anderer hineinziehen lassen darf. Europa muss in der Lage sein, seine eigenen Interessen zu wahren und diese stärker zu vertreten, und zwar grundsätzlich gegenüber allen drei großen Mächten. Das ist die eigentliche Botschaft, die Präsident Macron in China ausgesendet hat. Macron steht mit seiner Sorge nicht allein. Der amerikanische Stratege Harlan Ullman hat schon vor einiger Zeit besorgt gefragt, ob die USA einen vermeidbaren Fehler begangen haben, indem sie eine strategische militärische Zwei-Fronten-Konfrontation gegen China und Russland eröffnet haben, die er als tickende Zeitbombe bezeichnete.

*Bezieht sich Macrons Forderung, die eigenen Interessen zu wahren, außer auf den militärischen Bereich auch auf die Wirtschaft oder andere Bereiche?*

**General a. D. Harald Kujat:** Macron hat diese Bemerkung im Zusammenhang mit den gegenwärtigen Krisen und Konflikten gemacht. Aber der Ukrainekrieg und der Konflikt mit China sind ein Menetekel, dass wir unsere politischen, wirtschaftlichen, technologischen und nicht zuletzt die militärischen Fähigkeiten ausbauen müssen, wenn wir unabhängiger, handlungsfähiger und sicherer werden wollen. Erforderlich ist eine mehrdimensionale Politik, die durch eine synergetische Gesamtstrategie ein breites Handlungsspektrum eröffnet. Wir sehen das an dem Krieg in der Ukraine, der nicht nur ein militärischer Krieg ist, sondern auch ein Wirtschafts- und Informationskrieg. Europa muss in der Lage sein, sich in allen diesen Bereichen zu behaupten und unabhängig vom Einfluss anderer Mächte eigenständig nach der eigenen Interessenlage Entscheidungen zu treffen. Das ist kein Widerspruch zu einer engen Abstimmung mit Verbündeten und Partnern, wie dies beispielsweise in der Allianz geschieht, deren Stärke darin besteht, die verschiedenen nationalen Interessen zu einer gemeinsamen Sicherheitspolitik zu vereinen.

**„Der Taiwan-Konflikt könnte zum Kulminationspunkt der amerikanisch-chinesischen geopolitischen Rivalität werden“**

*Die Spannungen zwischen den Vereinigten Staaten und China sind doch entstanden, weil China die Vereinigung mit Taiwan anstrebt.*

**General a. D. Harald Kujat:** Richtig ist, dass sich die Spannungen in der letzten Zeit verschärft haben. Der chinesische Präsident hat auf dem letzten Parteikongress der KP-China die Absicht bekräftigt, die Vereinigung mit Taiwan auf friedlichem Wege anzustreben. Zugleich hat er jedoch jede Verpflichtung zum Gewaltverzicht verneint. Noch verfügt China nicht über militärische Fähigkeiten, um Taiwan einzunehmen. Aber in wenigen Jahren wird dies der Fall sein. Der Taiwan-Konflikt könnte zum Kulminationspunkt der amerikanisch-chinesischen geopolitischen Rivalität werden. Denn dies ist die eigentliche Ursache für einen möglichen Konflikt.

Der Taiwan Relations Act von 1979 regelt die Beziehungen zwischen den USA und Taiwan, und zwar in der Weise, dass die USA die Unabhängigkeit und die Verteidigungsfähigkeit Taiwans durch Waffenlieferungen und andere Maßnahmen unterstützen. Ein direktes militärisches Engagement zur Verteidigung Taiwans ist damit jedoch nicht verbunden. Bisher haben alle amerikanischen Präsidenten auch eine entsprechende Festlegung vermieden. Im Oktober 2021 hat jedoch Präsident Biden erstmals ausdrücklich erklärt, sollte Taiwan von China angegriffen werden, würden die USA militärischen Beistand leisten. Damit sind von beiden Seiten Weichenstellungen vorgenommen worden, damit ist das Risiko eines militärischen Konflikts erheblich gestiegen. Es ist offenbar die Gefahr einer direkten Verwicklung der Nato und damit Europas, die Macron zu seiner nachdrücklichen Warnung veranlasst hat.

Das Vertragsgebiet der Nordatlantischen Allianz ist allerdings im Washingtoner Vertrag präzise definiert. Ein militärisches Engagement im Westpazifik wird davon nicht abgedeckt.

*Bezieht sich Macron mit dem Begriff der strategischen Autonomie Europas nur auf das Verhältnis zu den USA?*

**General a. D. Harald Kujat:** Im Verhältnis zu den USA ist dies augenfällig, weil Europas Sicherheit seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges und sicherlich auch noch einige Zeit vom amerikanischen Engagement abhängt. So haben es Macrons Kritiker aufgefasst. Aber für Macron bedeutet dies sicherlich strategische Autonomie gegenüber allen großen Mächten und eine eigenständige Sicherheits- und Verteidigungspolitik mit der Fähigkeit, Probleme, die Europas Sicherheit gefährden, an der europäischen Peripherie zu bewältigen. Dort liefern sich die Großmächte seit Jahren eine Auseinandersetzung um Einflusszonen, die Regionalmächte Stellvertreterkriege um regionale Dominanz und ethnische und religiöse Minderheiten um Selbstbestimmung und Unabhängigkeit. Übervölkerung, religiöse Gegensätze und die Vernichtung der natürlichen Lebensgrundlagen bilden den Nährboden für islamistische und fundamentalistische Terrorgruppen und sind die Ursache für immer neue Migrationswellen.

*Die Probleme an der Peripherie sind doch vor allem durch das Eingreifen der USA entstanden ...*

**General a. D. Harald Kujat:** Ja, amerikanische militärische Interventionen, beispielsweise im Irak, in Libyen oder in Syrien, haben zu großen regionalen Verwerfungen geführt und die Sicherheit des europäischen Kontinents negativ beeinflusst.

**„Der Ukrainekrieg ist ein Menetekel für Europa“**

*Was Sie vorhin über das Verhältnis China-USA erklärt haben, kann man als Kampf der USA um den Erhalt seiner Vormachtstellung verstehen.*

**General a. D. Harald Kujat:** Die Vereinigten Staaten sehen in China die umfassendste und ernsthafteste Herausforderung für ihre nationale Sicherheit. Der amerikanische Verteidigungsminister Austin bezeichnet China in der neuen amerikanischen Militärstrategie aber auch als den wichtigsten strategischen Konkurrenten der kommenden Jahrzehnte. Diese Konkurrenz geht allerdings über den militärisch-strategischen Aspekt hinaus und umfasst vor allem auch wirtschaftliche Aspekte, die Gefährdung des Dollars als Weltleitwährung und den politischen Einfluss in Südamerika, Afrika und Asien. In aller Kürze: Es geht darum, die globale Vormachtstellung der Vereinigten Staaten zu beenden und die unipolare durch eine multipolare Welt zu ersetzen.

Man muss auch in diesem Zusammenhang konstatieren, dass der Ukrainekrieg Europa an eine Wegscheide geführt hat. Sowohl die USA als auch Europa haben die geostrategische Dynamik, die durch das Ukraine-Engagement auf beiden Seiten entstanden ist, unterschätzt. Der Ukrainekrieg ist ein Menetekel für Europa, entschlossen den Weg zu geopolitischer, wirtschaftlicher, technologischer und nicht zuletzt militärischer Selbstbehauptung einzuschlagen.

Der Krieg hat zudem die Bildung geopolitischer Blöcke gefördert. Während die Vereinigten Staaten, die Europäische Union und die Nato näher zusammenrücken, ist um China und Russland ein zweiter geopolitischer Block entstanden. Den Kern bilden die BRICS-Staaten Brasilien, Russland, Indien, China und Südafrika sowie die Schanghai Kooperation (SCO) mit China, Indien, Iran, Kasachstan, Kirgistan, Pakistan, Russland, Tadschikistan und Usbekistan. Die BRICS-Staaten repräsentieren 40 Prozent, die westlichen G7-Staaten 12,5 Prozent der Weltbevölkerung. Inzwischen ist das Bruttoinlandsprodukt der BRICS-Staaten höher als jenes der westlichen G7-Staaten. Dieser östliche Block hat in letzter Zeit eine enorme Attraktivität entwickelt.

*Für welche Staaten, neben ihren Mitgliedsländern, spielt dieser Zusammenschluss eine Rolle?*

**General a. D. Harald Kujat:** China arbeitet mit Saudi-Arabien auf dem globalen Ölmarkt und der Nutzung der Kernenergie zusammen, unterstützt den Beitritt Saudi-Arabiens zur BRICS-Gruppe und treibt die Bildung einer rohstoffbasierten Reservewährung als Konkurrenz zum Petrodollar voran. Bereits heute wird teilweise in russischer oder chinesischer Währung bezahlt. Neben Saudi-Arabien haben Argentinien, Ägypten, Kasachstan, Nigeria, die Vereinigten Arabischen Emirate, Senegal und Thailand Interesse an einem BRICS-Beitritt bekundet.

*Es ist sehr interessant, wie Sie jetzt den Bogen gespannt haben. Das heißt doch eigentlich, dass diese immer wieder bemühte Argumentation „Russland ist isoliert“ nicht der Realität entspricht, denn tatsächlich sind es vielmehr Staaten, die mit Russland und China kooperieren wollen. Geht die Sichtweise des Westens, dass er der Mittelpunkt der Erde sei, nicht völlig an der Realität vorbei?*

**General a. D. Harald Kujat:** Das geht in der Tat an der Realität vorbei. Die Europäische Union hat im Wirtschaftskrieg mit Russland fortgesetzt umfangreiche Sanktionen erlassen. Obwohl diese mit dem Ziel begonnen wurden, Russland zur Einstellung des Angriffs auf die Ukraine zu zwingen und von der Voraussetzung ausgingen, dass die Sanktionen sich weder auf die Energiepreise auswirken noch

Nachteile für die Wirtschaft der europäischen Staaten entstehen würden, trat genau das Gegenteil ein. Russland ist auch nicht in dem erwarteten Ausmaß geschwächt worden. In den letzten Tagen haben wir Zahlen gesehen, nach denen die russische Wirtschaft wächst und die deutsche Wirtschaft schrumpft, was sich insgesamt auf Europa auswirken wird. Man muss in diesem Zusammenhang auch erwähnen, dass als Folge des Ukrainekrieges und insbesondere der damit verbundenen wirtschaftlichen Aspekte, die Aussicht gewachsen ist, dass die unipolare Weltordnung, die von den USA wirtschaftlich, militärisch und politisch dominiert wird, durch eine multipolare Welt abgelöst werden könnte.

**„Die eigentliche Herausforderung besteht in der Entwicklung einer neuen Sicherheitsarchitektur für den europäischen Kontinent“**

*Wie kann denn Europa in einer multipolaren Welt seinen Platz finden?*

**General a. D. Harald Kujat:** Die Nordatlantische Allianz verbindet Nordamerika und Europa zu einem Bündnis souveräner, demokratischer Staaten, von denen jeder einzelne zur gemeinsamen Sicherheit beiträgt. Das große Verdienst des Bündnisses besteht darin, die nationalen Interessen jedes einzelnen Mitgliedstaates in ein gemeinsames Konzept zu integrieren und trotz immer wieder auftretenden Gegensätzen und Problemen die Gemeinsamkeiten zu bewahren.

Da die geostrategische Lage der beiden Kontinente sehr unterschiedlich ist, gelten auch unterschiedliche Bedingungen für die Bewahrung von Frieden und Sicherheit. Das müssen die Europäer künftig stärker berücksichtigen und dementsprechend auch größere Verantwortung für ihren Kontinent übernehmen. Dadurch wären die europäischen Mitgliedstaaten in der Lage, ihren Einfluss auf die Sicherheitspolitik, die Strategie und Verteidigungsplanung der Nato zu vergrößern. Aber allein mehr in die Sicherheitsvorsorge und die Verteidigungsfähigkeit zu investieren, wäre zu kurz gedacht. Die eigentliche Herausforderung besteht in der Entwicklung einer neuen Sicherheitsarchitektur für den europäischen Kontinent und die Formulierung gemeinsamer Interessen im Rahmen der neuen geopolitischen Weltordnung.

*Was geschieht, wenn die Europäer den USA die Gefolgschaft verwehren, und sich für die multipolare Welt entscheiden, die vielleicht doch zu mehr Frieden führt als das ewige Streben nach Dominanz? Würde das die USA davon abhalten, diesen Kriegskurs weiterzuführen, wie sie ihn gegen China fahren?*

**General a. D. Harald Kujat:** Ein Krieg zwischen zwei nuklearstrategischen Supermächten wird der Welt hoffentlich erspart bleiben. Die massive Aufrüstung der chinesischen Streitkräfte macht große Fortschritte. Nuklearstrategisch hat China zu den beiden nuklearen Supermächten Russland und USA weitgehend aufgeschlossen. Deshalb sagte Admiral Charles Richard, der damalige Befehlshaber des US-Strategic Command, 2022: „Diese Ukraine-Krise, in der wir uns gerade befinden, ist nur das Aufwärmen. Die große Krise kommt noch. Wir werden auf eine Weise getestet werden, wie wir es schon lange nicht mehr erlebt haben. Wenn ich den Grad unserer Abschreckung gegenüber China einschätze, dann sinkt das Schiff langsam, aber es sinkt.“ Damit beschreibt er das enorme Risiko, das die USA im Falle eines Konflikts mit China eingehen. Und eben nicht nur die USA, sondern möglicherweise auch die Europäer, wenn wir den von der Nato begonnenen Kurs fortsetzen.

*Nach Ihren Ausführungen stellt sich mir die Frage, ist denn China interessiert, mit den USA eine militärische Auseinandersetzung zu provozieren?*

**General a. D. Harald Kujat:** China hat gezeigt, dass es bereit ist, eine militärische Eskalation mit den Vereinigten Staaten aufzunehmen, wenn es um die Taiwanfrage geht. Zugleich setzt China seinen Kurs fort, politisch, wirtschaftlich und militärisch die Weltmachtspitze anzustreben. Das bedeutet jedoch nicht, dass China eine militärische Auseinandersetzung sucht. Letztlich entscheidet darüber die Frage, was beide Staaten bereit sind, für Taiwan in die Waagschale zu werfen.

*Worin sich die Politik der Chinesen und des Westens unterscheidet, ist doch, dass die Chinesen sich nicht in die europäische Politik einmischen und diese auch nicht beurteilen und bewerten. Während des Besuchs von Ursula von der Leyen oder Annalena Baerbock war deutlich, dass die Europäer das immer tun.*

**General a. D. Harald Kujat:** Natürlich hat das große Projekt der Neuen Seidenstraße nicht nur eine wirtschaftliche, sondern auch eine politische Bedeutung. Aber es ist richtig, wie wir gerade in letzter Zeit gesehen haben, dass die Bereitschaft, sich zu innenpolitischen Problemen Chinas zu äußern, bei europäischen Politikern wesentlich stärker ausgeprägt ist als umgekehrt.



Jede ideologisch eingefärbte Außenpolitik führt nicht nur zu politischen Risiken, sondern verursacht im allgemeinen auch Schaden für die eigene Wirtschaft. Das deutsch-chinesische Handelsvolumen beträgt über 200 Milliarden Euro; der wirtschaftliche Verkehr muss grundsätzlich auf gleicher Augenhöhe erfolgen, deutsche Firmen in China also die gleichen Bedingungen erhalten wie chinesische Firmen in Deutschland. Die Globalisierung hatte für unsere Wirtschaft bisher große Vorteile, führt aber auch zu wechselseitiger Abhängigkeit.

**„Deutschland ist durch das Friedensgebot des Grundgesetzes verpflichtet, sich für ein Ende des Krieges einzusetzen“**

*Welche Rolle müsste denn Europa im Ukraine Konflikt spielen?*

**General a. D. Harald Kujat:** Ich würde das gern auf Deutschland beschränken. Die Bundesregierung hat bereits am 2. Mai 2022 einer von der Ukraine eingebrachten UN-Resolution zugestimmt, in der die Generalversammlung nachdrücklich die sofortige friedliche Beilegung des Konflikts durch politischen Dialog, Verhandlungen, Vermittlung und andere friedliche Mittel fordert. Im vergangenen Februar ist die Bundesregierung durch die Zustimmung zu einer weiteren UN-Resolution mit gleichem Tenor die Verpflichtung eingegangen, zu einer friedlichen Beilegung des Krieges beizutragen. Außerdem ist Deutschland durch das Friedensgebot des Grundgesetzes im besonderen Maße verpflichtet, sich für ein Ende des Krieges einzusetzen. Was soll man davon halten, wenn dies alles missachtet und selbst ein Waffenstillstand vom amerikanischen Außenminister als „keine gute Idee“ bezeichnet wird?

Entsprechende Initiativen wie diejenige, die kürzlich von China lanciert worden ist, werden in den deutschen Medien reflexartig abgelehnt, obwohl gerade das chinesische Zwölf-Punkte-Papier sich auf die Uno-Resolution bezog und die Wiederaufnahme der im April letzten Jahres abgebrochenen Verhandlungen vorschlug. Zwei mächtige Politiker, wie der chinesische Präsident Xi Jinping und der brasilianische Präsident Lula da Silva sagen, sie seien sich einig, dass Verhandlungen der einzige mögliche Weg seien, um die Krise zu lösen. Ich finde diese Einstellung zur Lösung von Krisen und Konflikten höchst bemerkenswert und beispielhaft, zumal das zwei Politiker sagen, hinter denen Organisationen stehen, die 40 Prozent der Weltbevölkerung repräsentieren. Auch die Präsidenten Macron und Xi Jinping haben gemeinsam zu baldigen Friedensgesprächen aufgerufen. Macron sagte, Ziel sei die „Wiederaufnahme der Gespräche, so schnell wie möglich, für einen dauerhaften Frieden.“

*Letztlich hat Putin vom Beginn des Ukrainekriegs weg diese Auffassung auch vertreten.*

**General a. D. Harald Kujat:** Ja, aber es wurde von westlichen Politikern immer wieder behauptet: Putin wolle nicht verhandeln, dann hieß es, mit Putin könne man nicht verhandeln, dann hieß es, mit Putin dürfe man nicht verhandeln. Tatsache ist jedoch, dass beide Seiten verhandelt haben, und das durchaus erfolgreich. Übrigens hat auch Präsident Biden die Auffassung vertreten, dass der Krieg mit Verhandlungen beendet wird. Je länger der Krieg dauert, desto schwieriger wird es jedoch, eine für beide Seiten akzeptable Lösung zu finden. Russland und die Ukraine haben in letzter Zeit die Bedingungen für einen Verhandlungsfrieden höhergeschraubt und sogar Vorbedingungen für die Aufnahme von Verhandlungen gestellt. Ich habe den Eindruck, dass beide Kriegsgegner darauf setzen, die eigene Verhandlungsposition durch eine erfolgreiche militärische Offensive zu verbessern. Dies könnte sich jedoch sehr schnell als Trugschluss erweisen.

*Herr General Kujat, vielen Dank für das Gespräch.*

**Das Gespräch erschien zuerst in „[Zeitgeschehen im Fokus](#) – Schweizer Zeitung für mehr soziale Verbundenheit, Freiheit und direkte Demokratie“. Wir danken für die Möglichkeit der Übernahme.**

**General a.D. Harald Kujat, geboren am 1. März 1942, war u. a. Generalinspekteur der Bundeswehr und als Vorsitzender des Nato-Militärausschusses höchster Militär der Nato. Zugleich amtierte er als Vorsitzender des Nato-Russland-Rates sowie des Euro-Atlantischen Partnerschaftsrates der Generalstabschefs. Für seine Verdienste wurde Harald Kujat mit einer großen Zahl von Auszeichnungen geehrt, darunter mit dem Kommandeurskreuz der Ehrenlegion der Republik Frankreich, dem Kommandeurskreuz des Verdienstordens Lettlands, Estlands und Polens, der Legion of Merit der Vereinigten Staaten, dem Großen Band des Leopoldordens des Königreichs Belgien, dem Großen Bundesverdienstkreuz, sowie mit weiteren hohen Auszeichnungen, u.a. aus Malta, Ungarn und der Nato.**

## Gefangene werden nicht gemacht



Mit ihrem anmaßenden Auftreten erntet Deutschlands Aussenministerin in China Verachtung. Auch die deutschen Medien verwechseln Diplomatie mit Krawall.

Oskar Lafontaine

Die G-7-Runde wirtschaftsstarker Demokratien hat angesichts der russischen Aggression in der Ukraine und des zunehmenden Machtstrebens Chinas vor jedem Versuch einer gewaltsamen Änderung der internationalen Ordnung gewarnt.»

### Russische Truppen in Mexiko?

Mit diesem Satz fasst die Frankfurter Allgemeine das Ergebnis des Aussenministertreffens der G-7, das am 16. April in Japan begann, zusammen. Dass die G-7, angeführt von den USA, die Dreistigkeit besitzt, vor «jedem Versuch einer gewaltsamen Änderung der internationalen Ordnung» zu warnen, ist ein starkes Stück. Der Forschungsdienst des Kongresses der USA hatte im Oktober 2022 festgestellt, dass es zwischen 1991 und 2022 mindestens 251 militärische Interventionen der USA gegeben hat, jede davon natürlich «ein Versuch zur gewaltsamen Änderung der internationalen Ordnung». Das hinderte die deutsche Aussenministerin nicht daran, festzustellen, die G-7 sei «gemeinsam stark, weil wir ganz genau wissen, wofür wir eintreten: für eine internationale Ordnung, in der Rechtsstaatlichkeit und Völkerrecht Vorrang haben vor dem Recht des Stärkeren».

Die Erklärungen der G-7, die von der westlichen Presse zustimmend und kritiklos verbreitet wurden, zeigen wieder einmal, in welchem Umfang es der Desinformationsarmee der USA – den 27 000 für die Öffentlichkeitsarbeit zuständigen Mitarbeitern des Pentagons – gelungen ist, ihre Lügenpropaganda in der westlichen Welt zu verbreiten. Auch die von den USA seit vielen Jahren betriebene Osterweiterung der Nato, mit der Stationierung von Truppen, militärischen Einrichtungen und Raketen ohne Vorwarnzeiten sowie der 2014 von dem heutigen US-Präsidenten Joe Biden und der jetzigen Staatssekretärin Victoria Nuland organisierte Putsch in Kiew und der anschliessende Bürgerkrieg in der Ostukraine mit 14 000 Toten werden im Blick auf den russischen Einmarsch in die Ukraine am 24. Februar 2022 unter dem Begriff «russische Aggression» in der Ukraine zusammengefasst.

Vielleicht liegt das daran, dass niemand der dort Versammelten in der Schule Lateinunterricht hatte, denn das Wort *aggredi*, von dem der Begriff Aggression abgeleitet ist, heisst «sich nähern, an jemanden herangehen». Ein Blick auf die Landkarte zeigt, wer sich vor dem Ukraine-Krieg – wider alle Versprechen, die man Gorbatschow gegeben hatte – wem genähert hat. Es übersteigt aber seit vielen Jahren das Vorstellungsvermögen westlicher Politiker und Journalisten, was passieren würde, wenn Russland oder China auf die Idee kämen, Truppen, militärische Einrichtungen oder Raketen ohne Vorwarnzeit in Mexiko, Kanada oder Kuba zu stationieren.

### **Der erste Schritt zu einem de-risking wäre, Baerbock durch eine kompetente Persönlichkeit zu ersetzen.**

Nachdem es den USA gelungen ist, die Europäer für Waffenlieferungen und Sanktionen zur Unterstützung ihres Krieges mit Russland zu gewinnen, sollen Letztere jetzt auch gemeinsam mit den USA das «zunehmende Machtstreben» Chinas eindämmen. Wie in Polen, in den baltischen Staaten oder demnächst auch in der Ukraine haben die USA auf den Philippinen, in Südkorea, in Japan und in zunehmendem Mass in Taiwan Soldaten, militärische Einrichtungen und Raketen stationiert, um den «Aggressor» China einzukreisen. Es ist ein Lichtblick, dass der französische Präsident Emmanuel Macron die Europäer aufgerufen hat, «aufzuwachen» und sich nicht «in Kriege verwickeln zu lassen, die nicht unsere sind».

### Wilhelms Hunnenrede

Im Gegensatz dazu gefiel sich die deutsche Aussenministerin Annalena Baerbock darin, den chinesischen Aussenminister Qin Gang öffentlich zur Respektierung der Menschenrechte zu ermahnen und mitzuteilen, sie frage sich, «warum die chinesische Positionierung bisher nicht die Aufforderung an den Aggressor Russland beinhaltet, den Krieg zu stoppen». Qin Gang antwortete: «Was China am

wenigsten braucht, ist ein Lehrmeister aus dem Westen.» Dabei war ihm anzusehen, dass er für Baerbocks diplomatische Anmassung und Tollpatschigkeit nur Verachtung übrig hatte. Und in der Tat, Baerbocks Auftritt, der mit dem Bild des Elefanten im Porzellanladen charakterisiert werden muss, könnte manchen Chinesen an Kaiser Wilhelm II. und seine Hunnenrede erinnern haben, auch wenn Baerbocks Einlassungen natürlich weniger martialisch waren. Und der Beifall der deutschen Propagandamedien zeigt, dass sie unverändert Diplomatie mit Krawall verwechseln.

Wilhelm II. klang damals so: «Kommt ihr vor den Feind, so wird er selber geschlagen! Gefangene werden nicht gemacht! . . . Wie vor tausend Jahren die Hunnen unter ihrem König Etzel sich einen Namen gemacht [ . . . ] so möge der Name Deutscher in China auf tausend Jahre durch euch in einer Weise bestätigt werden, dass es niemals wieder ein Chinese wagt, einen Deutschen scheel anzusehen.»

### **Harmonie und Mitmenschlichkeit**

Vergeblich hatte Qin Gang Baerbock an Kant und Hegel, an Konfuzius und Laotse erinnert. Vom kategorischen Imperativ Kants, der auch in der Diplomatie beherzigt werden sollte, hat die Völkerrechtlerin wohl noch nie etwas gehört; und dass Konfuzius, auf den sich das offizielle China wieder bezieht, Harmonie und Mitmenschlichkeit fordert, wird ihr ebenfalls unbekannt sein. Nach diesem Auftritt der deutschen Meisterin im Ins-Fettnäpfchen-Treten blieb dem chinesischen Aussenminister nur noch, sie scheel anzusehen.

Wie Macron sagte der SPD-Fraktionsvorsitzende Rolf Mützenich: «Wir müssen aufpassen, dass wir nicht Partei in einem Konflikt zwischen den USA und der Volksrepublik China werden.» Recht hat er. Er muss sich nur noch in der Koalition durchsetzen. Nachdem die Grünen bereits einen Pfeiler der deutschen Industrie, die günstigen Energiepreise, eingerissen haben, dürfen sie nicht noch den Handel der deutschen Wirtschaft mit China zerstören. Aber wenn die USA-hörige und inkompetente Annalena Baerbock noch länger im Aussenministerium ihr Unwesen treiben darf, dann besteht tatsächlich die Gefahr, dass wir «Partei in einem Konflikt zwischen den USA und der Volksrepublik China werden». Annalena Baerbock und Ursula von der Leyen plädieren derzeit für ein *de-risking* unserer Beziehungen zu China. Der erste Schritt zu einem nachhaltigen *de-risking* wäre, die grüne Aussenministerin durch eine kompetente Persönlichkeit zu ersetzen.

### **Oskar Lafontaine ist ehemaliger Vorsitzender der SPD und Finanzminister Deutschlands a. D.**

**xxx**

### **Weltuntergangssekte will Berlin lahmlegen – was wäre, wenn es Rechte wären?**

FOCUS online-Gastbeitrag von Rainer Zitelmann, 23.03.2023



Paul Zinken/dpa

Ab Montag wollen die Anhänger der „Letzten Generation“ Berlin komplett lahm legen. Bundesverkehrsminister Volker Wissing hat erklärt, er wolle sich mit der Gruppe treffen, um sich über das Thema Klimaschutz auszutauschen.

Hier ist ein Gedankenexperiment: Rechte Gruppen rufen auf, Berlin lahmzulegen, aus Protest gegen die Migrationspolitik der Ampelregierung. Überall aus

Deutschland reisen Anhänger dieser Gruppen an. Auf Social Media suchen sie nach Schlafmöglichkeiten für die Zugereisten. Seit Wochen wird die Blockade der Stadt in einem von [der Polizei](#) genehmigten Trainingscamp trainiert. Viele von ihnen machen das sogar hauptberuflich, sie bekommen ein bescheidenes Gehalt dafür, dass sie andere Menschen daran hindern, zur Arbeit zu kommen. Finanziert werden sie mit Millionenbeträgen von reichen Geldgebern aus dem Ausland.

## **Letzte Generation will Berlin lahm legen**

Vorstellbar? Zum Glück nicht. Die Aufregung wäre schon im Vorfeld enorm, [ARD und ZDF](#) würden Experten und Politiker zu Wort kommen lassen, die eindringlich warnen. Linke Gruppen würden Proteste gegen die Protestierer ankündigen. Von [Angela Merkel](#) bis Margot Käßmann würden sich Politiker, Vertreter von Kirchen, Gewerkschaften und „Zivilgesellschaft“ usw. äußern und ihrer Empörung Ausdruck verleihen. Politiker von [SPD](#) und Grünen würden fordern, die ganze Härte des Rechtsstaates solle diese Protestierenden treffen.

## **In Deutschland wird mit zweierlei Maß gemessen**

Wenn es sich jedoch nicht um rechte Gruppen handelt, sondern um Anhänger einer antikapitalistischen Weltuntergangssekte, die sich „Letzte Generation“ nennt, ist die Reaktion ganz anders. Neulich im ARD-Pressclub diskutierten vier Journalisten. Nur ein Redakteur war eindeutig gegen die „Letzte Generation“ und ihre Aktionen. Ein anderer fand alles super, er hörte sich wie der Pressesprecher der Gruppe an (was er aber nicht ist). Zwei andere hatten viel Verständnis, eine davon meinte, Festkleben auf der Straße sei in Ordnung, nur das Beschmieren von Kunstwerken sei nicht nachvollziehbar. Können Sie sich eine ähnliche Diskussionslage vorstellen, wenn die Proteste nicht von Linksaußen, sondern von Rechtsaußen kämen? Und das Thema wäre Unzufriedenheit mit der Migrationspolitik, statt Unzufriedenheit mit der Klimapolitik? Ich finde: In Deutschland wird zu oft mit zweierlei Maß gemessen.

Verkehrsminister Volker Wissing will sich sogar mit Vertretern der Weltuntergangssekte zu einem Gedankenaustausch über den Klimaschutz treffen. Würde sich ein Bundesminister auch mit Anhängern rechter Gruppen zu einem Gedankenaustausch treffen, die mit Straftaten gegen die Migrationspolitik „demonstrieren“? Kaum vorstellbar.

## **Ziviler Ungehorsam?**

In vielen Medien kommen „Experten“ zu Wort, die erklären, warum „ziviler Ungehorsam“ legitim oder vielleicht sogar legal sei. Man merkt, dass denen, die so argumentieren, das Anliegen sympathisch ist. Ich würde jedoch gerne zurückfragen: „Würden Sie auch genauso argumentieren, wenn Ihnen das Anliegen gar nicht gefallen würde? Was wäre, wenn Befürworter von Kernkraftwerken, die der Meinung sind, ohne Kernkraft sei effektiver Klimaschutz nicht möglich, die gleichen Mittel anwenden würden?“ Würden die Leute, die jetzt die Methoden der „Letzten Generation“ als Ausdruck von legitimem „zivilem Ungehorsam“ rechtfertigen, dann genauso argumentieren? Alle Argumente müssen daran gemessen werden, ob sie auch dann Gültigkeit hätten, wenn einem das Anliegen gar nicht passt.

## **Antikapitalismus und Reichenhass**

Klimaschutz ist für viele Anhänger der Weltuntergangssekte ohnehin nur ein Vorwand. In Wahrheit geht es gegen den Kapitalismus und gegen Reiche. Am Samstag beschmierten Anhänger der „Letzten Generation“ in Berlin Geschäfte der Luxus-Marken Rolex, Gucci, Prada, Louis Vuitton und Dolce & Gabbana. Dabei zeigten sie Plakate mit der Parole: „Wir können uns die Reichen nicht mehr leisten“. Der Antikapitalismus eint nicht nur die Anhänger der „Letzten Generation“, sondern auch „Fridays for Future“, deren Parole lautet: „System Change, not Climate Change.“

Greta Thunberg hat kürzlich zusammen mit Mitstreitern ein Buch veröffentlicht, in dem alle pragmatischen Maßnahmen gegen den Klimawandel, die mit dem Kapitalismus vereinbar wären – wie etwa Kernenergie - abgelehnt werden. Als „Schwindel“ abgetan werden Technologien, um Co2 aus der Luft zu holen, Solar-Geoengineering wird verworfen, weil es auf „erbitterten Widerstand indigener Völker“ stoße. Elektrofahrzeuge seien keine Lösung, weil sie „allenfalls für die Mächtigen und die Reichen eine Möglichkeit darstellen“. Stattdessen wird für eine Abschaffung des Kapitalismus plädiert.

**Mehr zum Thema lesen Sie hier: [Um den Klimawandel zu stoppen, will Greta den Kapitalismus abschaffen](#)**

Die ideologische Rechtfertigung für den ökologisch begründeten Antikapitalismus geben Bücher wie das aktuelle Buch von Ulrike Hermann, „Das Ende des Kapitalismus“. Das Buch ist ein Bestseller und die Autorin wird als Gast in Talkshows von ARD und ZDF hofiert. Hermann propagiert ganz offen eine Planwirtschaft, da nur ein solches System den Klimawandel abwenden könne. Anders als im klassischen Sozialismus sollen die Unternehmen aber nicht formell verstaatlicht werden, sondern im Privatbesitz bleiben. Aber der Staat solle festlegen, was hergestellt wird und wie viel.

## Die antikapitalistische Vision von Ulrike Herrmann

Herrmanns antikapitalistische Vision: Flüge würde es nicht mehr geben, auch keine privaten Kraftfahrzeuge. Der Staat bestimmt, wie die Menschen wohnen dürfen – beispielsweise soll es keine Einfamilienhäuser und keine Zweitwohnungen mehr geben. Der Neubau wird wegen Klimaschädlichkeit verboten, stattdessen werden die bestehenden Flächen „gerecht“ verteilt. Der Staat bestimmt, wie viel Fläche jeder bewohnen darf. Der Fleischkonsum, so Herrmann, wird nur ausnahmsweise erlaubt, weil die Fleischproduktion klimaschädlich ist.

Ganz generell dürften die Menschen nicht mehr so viel essen. 2500 Kalorien am Tag seien genug, meint Herrmann: 500 Gramm Obst und Gemüse, 232 Gramm Vollkorngetreide oder Reis, 13 Gramm Eier, 7 Gramm Schwein usw. „Auf den ersten Blick mag dieser Speisezettel etwas mager wirken, aber die Deutschen wären viel gesünder, wenn sie ihre Essgewohnheiten umstellten“, tröstet die Kapitalismuskritikerin. Und da die Menschen gleich wären, wären sie auch glücklich: „Rationierung klingt unschön. Aber vielleicht wäre das Leben sogar angenehmer als heute, denn Gerechtigkeit macht glücklich.“

Egalitarismus, Ressentiments gegen Reiche und Antikapitalismus sind die ideologischen Fundamente jener, die in den Medien gerne „Klimaaktivisten“ genannt werden.

xxx

## Wir können nicht allen helfen, die nach Europa wollen

Professor Ruud Koopmans ist einer der renommiertesten Migrationsforscher. Unser Asyl-System bezeichnet er als das «tödlichste der Welt». Was ist seine Lösung?

Roman Zeller



### München

Ruud Koopmans ist interessant: Anfänglich den Grünen zugehörig, bezeichnet sich der Soziologieprofessor der Berliner Humboldt-Universität «noch immer als links». Seit Jahren forscht er im vielleicht wichtigsten, wohl vermintesten Themengebiet der Gegenwart: der Migrationspolitik. Das europäische Asylsystem bezeichnet er als das «tödlichste der Welt». Wir haben ihn in München getroffen, wo er sein neues Buch «Die Asyl-Lotterie» vorstellte.

**Weltwoche:** Herr Koopmans, Sie haben das Buch «Die Asyl-Lotterie» geschrieben. Darin ziehen Sie Bilanz von 2015 bis zum Ukraine-Krieg. Wie lautet Ihre wichtigste Erkenntnis?

**Ruud Koopmans:** Das Ergebnis der europäischen Flüchtlingspolitik ist in vielerlei Hinsicht negativ. An allererster Stelle für die Menschen in der Welt, die des Schutzes bedürfen. Wir lassen viele im Stich, weil sie es nicht bis nach Europa schaffen. Und die, die es schaffen, müssen einen extrem gefährlichen Weg auf sich nehmen. Allein in den letzten zehn Jahren sind im Mittelmeer mehr als 20 000 Menschen gestorben. Dazu kommen Tausende bis Zehntausende, die den Weg durch die Sahara nicht überlebten. Das sind horrenden Zahlen. Auch an der Integrationsfront sieht es nicht gut aus. Die Versprechen, dass Flüchtlinge den Arbeitskräftemangel lindern und den demografischen Wandel abfedern würden, haben sich nicht bewahrheitet. Die meisten Flüchtlinge sind nach wie vor abhängig von Sozialleistungen, sie kosten den Staat mehr, als sie erwirtschaften.

**Weltwoche:** Was ist das zentrale Problem der europäischen Asylpolitik?

**Koopmans:** Dass sie praktisch auf dem Prinzip beruht, dass jeder, der an einer europäischen Grenze Asyl beantragt, dauerhaft in Europa bleiben kann. Das heißt, wir haben langwierige Asylverfahren. Aber das Ergebnis ist: Ob Ablehnung oder Anerkennung – man kann sowieso bleiben, da die Rückführung schwierig ist. Das ist ein Anreiz, dass Menschen diese tödlichen Risiken eingehen, wobei auch ein erheblicher Teil dieser Leute gar nicht schutzbedürftig ist. Sie stammen aus armen Ländern und wollen, das verstehe ich völlig, lieber in Europa leben als etwa in Nigeria. Aber dafür ist das Flüchtlingsrecht nicht da. Das müssten wir über Arbeitsmarktmigration lösen, nicht über das Flüchtlingsrecht.

**Weltwoche:** Was muss die Politik jetzt sofort tun? Das Problem spitzt sich mit dem Krieg in der Ukraine weiter zu.

**Koopmans:** Ich würde differenzieren zwischen den ukrainischen Flüchtlingen und den meisten anderen Flüchtlingen. Die Ukrainer machen momentan den grössten Teil der Flüchtlinge aus. Sie haben tatsächlich keinen anderen Ausweg als Europa. Für diese Gruppe dürfen wir keine Begrenzung einführen, wir müssen diesen Menschen Schutz bieten, sie haben Russland im Rücken, sie können nirgendwo anders hin. Das Problem bei den Flüchtlingen aus den meisten anderen Ländern ist, dass sie nicht direkt von dem Verfolgerstaat oder von dem Kriegsstaat in die EU oder in die Schweiz flüchten. Sondern über einen oder mehrere Drittstaaten, wo sie nicht politisch verfolgt werden, wo sie keiner Kriegsgefahr ausgesetzt sind. Für diese Gruppe kann man durchaus eine Begrenzung einführen, die das individuelle Asylrecht einschränkt. Das heisst, wer an der europäischen Grenze ankommt, hat ein Recht auf ein Asylverfahren, aber es steht nirgendwo im internationalen Flüchtlingsrecht, dass es ein Recht gibt, sich das Land auszuwählen, wo man Schutz bekommen möchte. Es braucht daher Abkommen mit Drittstaaten, damit zum Beispiel in Tunesien, Albanien, Marokko oder im Senegal Asylverfahren durchgeführt werden, dass die Menschen auch dort Schutz bekommen können. Damit entfele der Anreiz, sich in wackelige Boote zu setzen, um das Mittelmeer zu überqueren.

**Weltwoche:** Wie realistisch ist dieser Vorschlag?

**Koopmans:** Ich nenne es im Buch eine realistische Utopie. Realistisch, weil sie durchführbar, aber auch rechtlich möglich ist. Und Utopie, weil das Asylthema ein Dauerstreitthema in der Politik ist. Leider ist es nicht ein sehr kompromissfähiges Thema, sowohl zwischen Parteien innerhalb einzelner Länder als auch zwischen den Ländern der Europäischen Union. In der Asylpolitik einen Kompromiss zu erreichen, ist womöglich das Schwierigste überhaupt.

**Weltwoche:** Was, wenn kein Konsens gefunden wird? Worauf steuert Europa zu?

**Koopmans:** Uns droht das, was wir in der Vergangenheit schon hatten. Mehrere tausende Tote pro Jahr im Mittelmeer. Es droht ein weiterer Anstieg des Rechtspopulismus. Die Erpressbarkeit Europas durch Autokraten, durch Erdogan, Putin, Lukaschenko, bleibt bestehen, weil sie wissen, sie brauchen die Menschen nur an die europäischen Grenzen zu bringen, und Europa ist ihnen hilflos ausgeliefert. Oder man baut irgendwann Zäune, die den Autokraten schöne Bilder liefern, wie unmenschlich es in Europa zugeht.

**Weltwoche:** Was wären die Auswirkungen für die Menschen in Europa?

**Koopmans:** Die Integration wird nicht vorankommen, weil wir viele Leute haben, die eigentlich abgelehnt wurden und deshalb keinen sicheren Rechtsstatus haben, aber zugleich nicht abgeschoben werden können. Das hat Folgen für die Kriminalität. Natürlich gibt es Flüchtlinge, die sehr gut integriert sind, auch in den Arbeitsmarkt. Es gibt positive Beispiele. Aber im Grossen und Ganzen ist das gegenwärtige Asylsystem nichts, was man weiterführen sollte. Vor allem, das möchte ich nochmals betonen, ist es aus der Sicht der Menschen in der Welt, die wirklich des Schutzes bedürfen, weder effektiv noch effizient.

**«Kein Land ist perfekt, aber es gibt ein Land, das etwas gemacht hat, wovon Europa lernen sollte: Australien.»**

**Weltwoche:** Wer oder was ist für dieses Fehlkonstrukt verantwortlich?

**Koopmans:** Die Problematik gibt es schon mindestens seit Anfang der neunziger Jahre. Aber ich weiss, worauf Sie hinauswollen, Angela Merkel hat sicher vieles falsch gemacht, aber viele Fehler passierten auch, weil das Asylsystem Politiker in Ecken treibt, wo sie nur falsche Entscheidungen treffen können. In dem Sinne kann man das nicht personalisieren. Fakt ist, wir haben ein extrem dysfunktionales System.

**Weltwoche:** Gibt es ein Land mit einer vorbildlichen Flüchtlingspolitik?

**Koopmans:** Kein Land ist perfekt, aber es gibt ein Land, das etwas gemacht hat, wovon Europa lernen sollte, Australien. Australien hatte Anfang der 2000er mit ähnlichen Problemen zu kämpfen wie Europa. Viele Flüchtlinge, die übers Meer kamen, starben auf hoher See. Und viele waren eigentlich nicht schutzbedürftig. Australien lagerte dann die Asylverfahren in Drittstaaten wie Papua-Neuguinea oder Nauru aus. Da gab es zu Recht viel Kritik an den Bedingungen in diesen Lagern, aber das Prinzip der Auslagerung ist gut. Denn es führte dazu, dass niemand mehr auf dem Seeweg nach Australien starb. Was in der Diskussion um dieses Modell oft vergessen wird, ist, dass Australien weltweit eines der Länder ist, die die meisten Flüchtlinge pro Kopf aufnehmen. Australien nimmt sehr gezielt

schutzbedürftige Menschen aus Krisenregionen auf, in Zusammenarbeit mit der Uno-Flüchtlingskommission. Das ist auch für die aufnehmende Gesellschaft sozial viel verträglicher. Das wäre mein Rollenmodell, wobei man auch hier aus den Fehlern lernen muss.

**Weltwoche:** Wie ist das selektive Australien-System moralisch vertretbar?

**Koopmans:** Das System selektiert nach Schutzbedürftigkeit, dem Prinzip des Flüchtlingsrechts. Wir helfen Menschen, die Schutz brauchen. Und natürlich ist es da legitim, dass man sagt: Okay, wenn wir eine Familie mit Kleinkindern haben, in der vielleicht auch noch ein Kind medizinische Hilfe braucht, dann nehmen wir diese Familie eher auf als einen jungen, gesunden Mann, der nicht politisch verfolgt wird. Ich sehe da kein moralisches Problem. Im Gegenteil. Die Flüchtlingspolitik, die wir jetzt haben, macht genau die umgekehrte Bevorteilung: Der junge, gesunde, starke Mann, der es bis nach Europa schafft, bleibt, aber die Familie mit dem kranken Kind schafft es eben nicht hierher.

**Weltwoche:** Sie sagen es selbst: Auffällig viele junge Männer, vorwiegend aus Syrien, Afghanistan, dem Irak, aus Nordafrika, kommen nach Europa. Was heisst das für Europa, für Deutschland, für die Schweiz?

**Koopmans:** Damit bekommen wir die problematischste Gruppe von Flüchtlingen, alleinstehende junge Männer aus Ländern mit meistens sehr patriarchalischen Kulturen mit anderen Auffassungen über Geschlechterrollen, Familienverhältnisse und so weiter. Das macht natürlich die Integration sehr schwierig und erhöht das Kriminalitätsrisiko. Nicht weil junge afghanische Männer intrinsisch krimineller sind als junge Deutsche, aber diese Einwanderer sind nun mal eine Risikogruppe, wenn sie ohne ihre Familien unterwegs sind und aus Ländern stammen, die andere kulturelle Auffassungen haben.

**Weltwoche:** Wie integrierbar sind diese Männer?

**Koopmans:** Wenn wir tatsächlich nur Schutzbedürftige aufnehmen, sind auch diese jungen Männer integrierbar. Dann würde sich auch das Kriminalitätsrisiko extrem abmildern, dann wären auch die Aussichten auf ihre Arbeitsmarktintegration viel besser. Schon dadurch, dass die Menschen keine langwierigen Asylverfahren mehr durchlaufen müssen, dass wir nicht mehr das Problem haben von abgelehnten Asylbewerbern, die trotzdem nicht abgeschoben werden können und dadurch in eine Art rechtlichen Schwebезustand fallen, der kriminalitätsfördernd ist. Die jetzige Flüchtlingspolitik produziert weder für linke noch für rechte Parteien attraktive Ergebnisse. Ein Kompromiss bestünde darin, das individuelle Recht auf ein Asylverfahren in Europa zu begrenzen und zugleich über Kontingente die Aufnahme von Flüchtlingen zu vergrössern. So bleibt die humanitäre Leistung gleich, aber auf eine Art und Weise, die integrationsfreundlicher ist und keine Menschenleben fordert.

**«Europa misslingt es, die Migranten anzuziehen, die es eigentlich braucht.»**

**Weltwoche:** Kann man ausrechnen, wie hoch diese Kontingente sein müssen, ohne den sozialen Frieden zu gefährden?

**Koopmans:** Das kann man nicht ausrechnen. Das hängt auch damit zusammen, wie gut die sozioökonomische Integration gelingt. Wenn Menschen einen Job finden, im Bildungssystem vorankommen, kann man auch kulturelle Grenzen besser überwinden. Deshalb verläuft die Integration von Muslimen in Nordamerika viel besser. Weil die Muslime, die in die USA oder nach Kanada auswandern, meist hochgebildet sind, weil sie nach einem auf Arbeitsmarktimmigration ausgerichteten System nach diesen Kriterien selektiert werden. Wenn dann die Menschen Jobs haben und nicht von Sozialleistungen abhängig sind, verläuft die Integration viel besser und friedlicher, auch wenn es auf der sozialen Ebene vielleicht nicht zu einer grossen Annäherung kommt.

**Weltwoche:** Was muss Europa, was müssen Deutschland und die Schweiz konkret tun, damit auch hochqualifizierte muslimische Bevölkerungsgruppen einwandern?

**Koopmans:** In Europa sind wir momentan voll mit der Integration von Menschen beschäftigt, die über die Fluchtmigrationsroute nach Europa kommen. Deshalb haben wir keine Kapazitäten frei. Für Arbeitsmigranten ist es auch nicht immer attraktiv, nach Europa zu wandern, weil eben rechtspopulistische Parteien hier stark vertreten sind und weil es auch eine politische Kriminalität gegen Flüchtlinge und Migranten gibt. Das schreckt hochgebildete Arbeitsmigranten ab. Wenn wir es schaffen, die Fluchtmigration in geregelte Bahnen zu lenken, haben wir auch die nötigen Kapazitäten, um die Arbeitsmarktmigration in grösserem Umfang zu meistern. Dann wird Europa auch attraktiver für Fachkräfte. Derzeit wird das Image von Europa in der Welt dominiert von den Konflikten, die durch die Fluchtmigration produziert werden. Dadurch misslingt es Europa, die Migranten anzuziehen, die es eigentlich braucht.

**Weltwoche:** Wie viele Menschen in Nordafrika, in Nahost stehen eigentlich bereit, um sofort nach Europa auszuwandern?

**Koopmans:** Sofort? Das ist schwer zu sagen. In manchen Ländern sind es bis zu 50, 60, 70 Prozent, die sich gut vorstellen könnten, nach Europa zu ziehen. Und 10, 20, 30 Prozent, die sogar schon konkrete Vorbereitungen getroffen haben. Was sie daran hindert, ist natürlich, dass die Reise sehr kostspielig und riskant ist. Aber machen wir uns keine Illusionen: Würden wir sagen: Wir machen die Grenzen auf, dann stirbt natürlich niemand mehr, weil alle legal mit dem Flugzeug kommen könnten. Aber dann müsste man sich darauf gefasst machen, dass sich Millionen und Abermillionen auf den Weg machen würden. Das würde die Integrationskapazitäten unserer Gesellschaften übersteigen.

**Weltwoche:** Was erhoffen sich diese Menschen?

**Koopmans:** Ein besseres Leben, manche erhoffen sich tatsächlich auch Sicherheit. Sie tun das Gleiche, was Sie oder ich tun würden, wenn wir in der gleichen Lage wären. Es bringt nichts, den Menschen die Schuld in die Schuhe zu schieben. Man muss nur realistisch bleiben: **Wir können nicht allen hundert Millionen Flüchtlingen, die es auf der Welt gibt, helfen. Wir können auch nicht allen Menschen helfen, die gerne nach Europa kommen würden, um hier zu arbeiten.** Wir brauchen ein reguliertes System, eine dosierte, selektive Migration. Denn darüber muss man sich auch im Klaren sein: Ohne Zuwanderung ist Europa ebenfalls zum Tode verurteilt. Eine Zukunft ohne Migration gibt es in Europa nicht.

**Weltwoche:** Was halten Sie von dem Schengen- und dem Dublin-Abkommen?

**Koopmans:** Ich finde Schengen eine grosse Errungenschaft, aber es ist zugleich der Grund, warum das Dublin-Abkommen nicht funktioniert. Das Dublin-Abkommen sagt, dass Asylsuchende im ersten Land bleiben sollten, in dem sie angekommen sind. Das kann man aber nur durchsetzen, wenn man Grenzen hat. Hat man sie nicht, wie in Europa, ziehen die Leute weiter. Die beiden Abkommen widersprechen einander.

**Weltwoche:** Was würden Sie der Schweiz raten? Muss das kleine Land mitten in Europa das Abkommen sistieren?

**Koopmans:** Natürlich ist Schengen eher gut für die Schweiz, ich würde daher im Schengen-Rahmen bleiben. Aber ich würde der Schweiz raten, zusammen mit den anderen Ländern Europas, die die wichtigsten Zielorte von Flüchtlingen sind, eine Koalition der Willigen zu errichten. Eine gemeinsame Lösung für die Asylproblematik zu suchen, die Humanität mit Integrationsfähigkeit kombiniert.

**Weltwoche:** Was heisst das ganz konkret?

**Koopmans:** Asylverfahren müssen in Drittstaaten durchgeführt werden. Und zwar unter Einhaltung der Standards des internationalen Flüchtlingsrechts. Zudem müssen wir uns verpflichten, jährlich grössere Kontingente von Flüchtlingen aufzunehmen, direkt aus den Krisenregionen, über eine Luftbrücke sozusagen, damit wir die Schutzbedürftigsten aufnehmen.

**«Ich rate der Schweiz, mit anderen Ländern Europas eine Koalition der Willigen zu errichten.»**

**Weltwoche:** Sie beschäftigen sich als Migrationsforscher mit dem womöglich hitzigsten Thema der Gegenwart. Was erleben Sie in Ihrem Alltag als Professor?

**Koopmans:** Ein Wechselbad der Gefühle. Auf der einen Seite viel Zustimmung – manchmal auch aus Kreisen, von denen ich Zustimmung gar nicht haben möchte. Oft aber auch von Leuten aus der Praxis, die die Probleme wiedererkennen und ähnliche Lösungen wie ich unterstützen. Auf der anderen Seite begibt man sich auf vermintes Gelände. Man wird beschuldigt, «Wasser auf die Mühlen von Rechtspopulisten» zu giessen. Das ist leider unvermeidlich, das wird wahrscheinlich auch wieder passieren, weil ich mit Ihnen geredet habe. **Es ist paradox: Man darf mit bestimmten Medien nicht reden, obwohl die Medien, mit denen man dann eigentlich reden soll, nicht mit einem reden wollen.** So entsteht eine Art Negativspirale, womit Vorurteile bestätigt werden. Mein Prinzip ist: Ich rede mit jedem. Ich versuche Menschen über das ganze politische Spektrum von einer Lösung zu überzeugen, die den legitimen Interessen aller politischen Lager gerecht wird. Wenn es mir gelingen würde, so eine Brücke zu schlagen und eine Lösung zu propagieren, die Humanität mit Realismus und Integrationsfähigkeit kombiniert, wäre mein Ziel erreicht.

**Ruud Koopmans: Die Asyl-Lotterie. Eine Bilanz der Flüchtlingspolitik von 2015 bis zum Ukraine-Krieg. C.H.Beck. S. 269, Fr.36.90**



## Bidens Komplott gegen Trump - von Urs Gehrig



Ex-CIA-Chef enthüllt: Amerikas Geheimdienst-Elite konspirierte mit dem Herausforderer des damaligen Präsidenten. Strippenzieher: Antony Blinken, der heutige Aussenminister.

Die Geschichte über den Hunter-Biden-Laptop hatte das Potenzial, die US-Präsidentenwahl 2020 – Joe Biden vs. Donald Trump – zu entscheiden. Der Laptop, den der schwer drogenkranke Hunter bei einem Reparatuer liegenliess, enthielt eine Fülle von Dokumenten, welche jahrelange, dubiose Geschäfte des Biden-Clans belegen.

Das waren *bad news* für einen Kandidaten, der gerade auf die Zielgerade ins Weisse Haus einbog. Doch Biden brauchte sich nicht zu sorgen, er genoss mächtige Rückendeckung.

Bloss wenige Tage nachdem die *New York Post* die Laptop-Geschichte veröffentlicht hatte, intervenierten 51 ehemalige US-Geheimdienstler mit einem offenen Brief. Darin behaupteten sie, dass die zitierten Dokumente «alle klassischen Anzeichen einer russischen Informationsoperation aufweisen».

### «Deep state» existiert

«Ach klar, die Russen wieder!», war man sich bei den Demokraten und Mainstream-Medien einig. Wer sonst würde Biden in den Dreck ziehen, um Trump zur Wiederwahl zu verhelfen? In Wirklichkeit intervenierten nicht die Russen zugunsten von Trump. Sondern Bidens Vasallen setzten alle Hebel in Gang, um ihren Mann an die Macht zu hieven. Das hat nun ein ranghohes Mitglied des sogenannten *deep state* bestätigt. Sein Name: Michael Morell. Der ehemalige CIA-Direktor aus der Ära Obama hat in einer eidesstattlichen Erklärung vor dem Justizausschuss des Repräsentantenhauses eingestanden, den berüchtigten Brief der ehemaligen Geheimdienstler organisiert zu haben.

Doch Morell agierte nicht auf eigene Faust. Drahtzieher war eine andere Figur, die heute täglich in den Schlagzeilen steht: Antony Blinken. Der heutige US-Aussenminister war damals hochrangiger Wahlkampfmitarbeiter Joe Bidens. Blinken habe ihn angerufen und gebeten, bei der Diskreditierung der Laptop-Berichterstattung zu helfen, so Morell gegenüber dem Justizausschuss.

**Auf die Frage, warum er Biden half, sagte Morell: «Weil ich wollte, dass er die Wahl gewinnt.»**

### Basierend auf Fake News

Der Justizausschuss des Repräsentantenhauses untersucht zurzeit den Laptop von Hunter Biden sowie die Geschäfte der Familie Biden. Letzte Woche veröffentlichte er Ausschnitte aus einem transkribierten Interview mit Morell, in dem dieser zugesteht, dass er bis zu Blinkens Anruf nicht die Absicht hatte, diesen Brief zu verfassen, der Biden entlastet. Erst der Anruf von Blinken habe dieses Schreiben «ausgelöst».

Zur Erinnerung: Der Laptop enthält eine Fülle von Dokumenten und E-Mails zwischen Hunter Biden und seinen Partnern über Geschäfte in der Ukraine, Russland, China und anderen Staaten. Diese legen nahe, dass Hunter bei seinen Deals vom Einfluss seines Vaters profitierte, der damals Vizepräsident von Barack Obama war.

Er sei von Blinken gebeten worden, ehemalige Geheimdienstchefs zu überzeugen, dass der Laptop wie eine russische Hetzkampagne aussehe, so Morell. Es blieb nicht bei der Bitte. Die Biden-Kampagne habe dabei geholfen, eine Strategie für die Veröffentlichung der Erklärung zu entwickeln.

Der Brief der Geheimdienstveteranen hatte gravierende Folgen. Erstens gab er den Medien den Vorwand, nicht über die Biden-Deals zu berichten. Zweitens gab er Kandidat Biden in der letzten TV-Debatte mit Trump Munition, um Angriffe gegen die Machenschaften seiner Familie zu parieren. Was er auch tat. «Schauen Sie, es gibt fünfzig ehemalige nationale Geheimdienstmitarbeiter, die sagen, dass das, was [Präsident Trump] mir vorwirft, ein russischer Plan ist.» Biden gab vor, die Aktion der ehemaligen Geheimdienst-Elite sei spontan aus patriotischen Gefühlen entstanden. Wie nun klar ist, war ihr Brief weder spontan, noch war der Inhalt des Laptops «ein Haufen Mist», wie Biden behauptete. Im Gegenteil: Bidens gesamte Abwehr basierte auf Fake News.

Mehrere Medien haben inzwischen den Inhalt des Laptops von Experten forensisch untersuchen lassen, welche dessen Echtheit bestätigten. Bidens Apologeten monieren, man habe damit rechnen müssen, dass die Russen hinter der Hunter-Biden-Geschichte steckten. Dem ist nicht so. Das FBI war zum Zeitpunkt der Veröffentlichung des Briefes bereits seit elf Monaten im Besitz des Laptops. Es hatte also ausreichend Zeit, um den Inhalt zu prüfen.

### **Blackout der Medien**

Trotzdem liessen sich die Geheimdienste von der Biden-Kampagne für diese Vernebelungsaktion einspannen. Warum sie es taten, lässt sich aus Morells Aussagen ablesen. Auf die Frage des Justizausschusses, warum er Biden half, sagte dieser: «Weil ich wollte, dass er die Wahl gewinnt.»

**Die Weltwoche ist im Besitz einer Kopie des Inhalts des Laptops und hat ausführlich berichtet.**  
<https://weltwoche.ch/daily/hunter-biden/>

**xxx**

### **Scott Ritter: Amerikas sinkendes Imperium versucht, Russland und China mit in den Abgrund zu ziehen 2023-04-20**

Trotz ihrer anhaltenden militärischen Stärke befinden sich die Vereinigten Staaten in einer Phase des Niedergangs. Moskau und Peking wollen den Schaden minimieren und einen globalen Nuklearkonflikt verhindern, der zum baldigen Zusammenbruch der Hegemonie Washingtons führen könnte, sagt Scott Ritter, ehemaliger Offizier der Aufklärung des US Marine Corps.

Scott Ritter hat sich vergangene Woche in einem Interview zu den Aussichten des geopolitischen Dreier-Konflikts zwischen den USA, China und Russland geäußert. *RT* druckt einen Auszug daraus mit Genehmigung von *InoTV* ab.

**Jeff Norman, Interviewer:** Was ist Ihrer Meinung nach der beste Weg für das außenpolitische Establishment der USA, um den Schaden zu beheben, den sie bereits angerichtet haben? Ist es realistisch, jetzt einen Schritt zurückzutreten und die Beziehungen zu Russland und China neu zu gestalten? Haben sie (die US-Behörden – *InoTV*) das Land auf einen unumkehrbaren Weg zu einem bewaffneten Konflikt geführt?

**Scott Ritter, Geheimdienstoffizier der US-Marine im Ruhestand:** Zum Tango gehören immer zwei – das ist ein wichtiger Punkt in der gegenwärtigen Situation. Unabhängig davon, was man von den USA hält, muss man sich der Tatsache stellen, dass wir immer noch die führende Militärmacht der Welt sind.

Russland und China können uns zusammen überwältigen. Aber wir haben mehr militärische Fähigkeiten als China und Russland einzeln. Das muss man also berücksichtigen. Außerdem haben wir Atomwaffen. Das haben Russland und China auch.

Die gute Nachricht ist, dass die Führer Russlands und Chinas reife Menschen sind und keinen Krieg wollen. Und sie sind sich auch dessen bewusst, was vor sich geht. Sie verstehen sehr gut, was in den Vereinigten Staaten vor sich geht. Sie sehen, dass es sich um ein Imperium handelt, das im Niedergang begriffen ist und zusammenbricht. Ihre Aufgabe besteht also nicht darin, zum Zusammenbruch beizutragen, sondern ihn zu managen, weil sie keinen Krieg wollen.

Manchmal ist das größte Risiko, wenn Menschen ... Ich glaube, ich habe bereits den Vergleich mit einem Ertrinkenden gezogen. Wenn Sie schwimmen, um einen Ertrinkenden zu retten, schlägt er Ihnen ins Gesicht, versucht, Ihnen die Augen auszustechen, und geht mit Ihnen unter. Die Vereinigten Staaten sind gerade dabei zu ertrinken. Russland und China wollen uns retten und nicht zulassen, dass wir sie mit in den Abgrund reißen.

Ein weiterer Punkt: Es ist unmöglich, den Kurs zu ändern, auf dem sich die Vereinigten Staaten

befinden. Wir befinden uns an allen Fronten auf einem Abwärtspfad und werden auf jeden Fall den Boden erreichen, unabhängig von allem. Ich glaube, Russland und China werden nicht zulassen, dass dieser Zusammenbruch in einen Krieg mündet. Sie werden alles tun, um dies zu verhindern.

Die Frage ist, ob sich die Führung der Vereinigten Staaten als reif genug erweisen wird, um eine sanfte Landung anzustreben. Und die Antwort könnte positiv ausfallen. Es hängt alles davon ab, wen wir 2024 wählen. Joe Biden wird keine "sanfte Landung" anstreben.

Ich hoffe, die Amerikaner werden sich der Tatsache bewusst, dass sie den schlechtesten Präsidenten in der Geschichte der USA gewählt haben – Joe Biden. Und ich werde keine dummen Witze über Eiscreme oder Ähnliches machen. Der Mann ist einfach ein sehr schlechter Präsident.

Er war ein schlechter Senator. Wir wussten das. Und hier ist, was mir auffällt. Alle dummen Äußerungen von Joe Biden während seiner Zeit als Senator waren aktenkundig. Warum sollten wir plötzlich glauben, dass er durch die Änderung seines Titels vom Senator zum Präsidenten plötzlich zur Vernunft kommen würde.

Nein! Er ist ein schrecklicher, schrecklicher Mann, ein schrecklicher, schrecklicher Politiker. Er hat sich schon immer in allem geirrt, und trotzdem haben wir ihn zum Präsidenten gemacht. Seien Sie also bitte nicht überrascht, dass wegen dieses Mannes an der Spitze des Landes alles auseinanderfällt. Er ist buchstäblich der schlechteste Präsident, der je im Weißen Haus saß, und die Dinge werden nicht besser werden.

Glauben Sie also bitte nicht, dass sich die Dinge plötzlich ändern, wenn Joe wiedergewählt wird. Das wird nicht der Fall sein. Und wenn er das Land weitere vier Jahre regiert, wird er uns nur noch weiter runterziehen. Und selbst wenn man versucht, einen Zusammenbruch zu bewältigen, kann es manchmal zu einer Katastrophe kommen.

Der Konflikt um Taiwan könnte zur Realität werden, wenn Joe Biden in seiner panischen Suche nach etwas, das uns Relevanz verleiht, weitergeht und entscheidet, dass ein Krieg mit China der einzige Ausweg ist. Wir haben also 2024 eine sehr, sehr, sehr wichtige Wahl vor uns, und wen wir anstelle von Joe wählen, wird eine der grundlegenden Entscheidungen der Vereinigten Staaten von Amerika sein. Davon wird abhängen, was mit den Vereinigten Staaten in der Zukunft passiert.

*(U.S. Tour of Duty-Moderator Jeff Norman bringt einen Auszug aus Joe Bidens Interview vor der Wahl, in dem er stammelnd sagt: "Ich bin bereit, das amerikanische Volk über meine körperliche ... und geistige Fitness urteilen zu lassen.")*

**Scott Ritter:** Okay, das sage ich auch manchmal, Jeff. Das ist einfach nicht fair!

Es war ein billiger Scherz mit einem alten Mann. Du musst netter sein. Lassen Sie es mich so sagen: Ich hasse Joe Biden mehr, als Sie sich vorstellen können. Ich denke, die Leute wissen, dass ich allen Grund dazu habe. Ich verachte den Mann.

Aber ich muss auch sagen: Was sich vor meinen Augen abspielt, ist eine Travestie. Es ist brutal. Dieser Mann sollte nicht Präsident werden. Und die Tatsache, dass seine Frau es zulässt, dass er so zur Schau gestellt und behandelt wird ... man sollte ihn sanft beiseitelegen, ihm einen Schnuller geben, ihn in einen Rollstuhl setzen und in ein Pflegeheim schicken. Er sollte nicht in einer Position sein, die es ihm erlaubt, die Nation in einen nuklearen Konflikt zu führen.